

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 8

Sonntag, den 22. Februar

1914

Klassenjustiz und Gewerkschaften.

Wenn das neue Strafgesetzbuch dem Reichstag vorgelegt wird, dann wird man an zahlreichen Fällen aus der richterlichen Praxis den Nachweis liefern können, wie überflüssig die neuen Bestimmungen sind, die den freien Gewerkschaften das Leben sauer machen sollen. Man wird allerdings auch mit aller Schärfe feststellen, wie die Bestimmungen des Strafgesetzbuches heute schon unter unglaublicher Auslegung angewendet werden gegen den klaren Wortlaut, geschweige denn gegen den Geist des Gesetzes.

Wie z. B. der Erpressungsparagraph gegen streikende Arbeiter angewandt worden ist, übersteigt alle Begriffe einer objektiven Justiz. Der Klassengeist schreit förmlich aus solcher Gesetzesanwendung. Als im Jahre 1887 das Leipziger Landgericht erstmalig Arbeiter, die einen Streik ankündigten, wegen Erpressung anklagte, wollte man nicht glauben, daß die Rechtsprechung der Anklage nachgeben würde. Das Gegenteil trat ein, es erfolgten Verurteilungen. Seitdem hat man das Delikt der Erpressung noch in ganz anderen Handlungen gefunden und ehrliche, für ihre Interessen mit offenem Bistier kämpfende Arbeiter wegen Erpressung verurteilt. Die Gerichte tüftelten Definitionen aus, die dem Begriff Erpressung einen ganz anderen Inhalt und Charakter gaben. Und das Reichsgericht hat dieser Rechtsprechung die Krone aufgesetzt durch seine Billigung.

Nun droht Arbeitern, die eine Lohnhöhung fordern und für den Fall der Nichtbewilligung die Drohung des Streiks aussprechen, die Anklage wegen Erpressung. Nach dem Strafgesetzbuch erpreßt derjenige, der, um sich oder einem anderen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, durch Drohung oder Gewalt jemand zu Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Der Versuch ist strafbar. Und wie half nun das Reichsgericht diese Bestimmung auf gewerkschaftliche Handlungen anzuwenden? Es legte den Begriff „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ dahin aus: Das sei jeder Vorteil, auf den jemand zurzeit der Drohung keinen rechtlich verfolgbaren Anspruch habe. Drohung sei das Inanspruchstellen eines Nebeles.

Daraufhin sind viele Arbeiter wegen Erpressung verurteilt worden, die bei Lohnforderungen mit eventueller Arbeitseinstellung drohten. Wenn je der Ausdruck Klassenjustiz auf die Rechtsprechung zutreffend war, so gewiß in diesen Fällen.

Aber es blieb nicht bei dieser Anwendung des Begriffs Erpressung, man ging weit darüber hinaus. Er wurde gegen Arbeiter angewandt, die Gelder zum Streikfonds sammelten oder Arbeiter zum Eintritt in ihre Organisation zu veranlassen suchten.

Gerade jetzt hat sich ein Vorfall zugetragen, der die ganze Unhaltbarkeit der Rechtsprechung im bürgerlich-kapitalistischen Staate aller Welt erkennen läßt. Zwei Zimmerer wurden wegen ihrer Werbung für den Zimmererverband zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt von dem Gericht in Jussenburg.

Der Vorgang ist folgender: Die zwei Gesellen arbeiteten mit sechzig Kollegen an einem Kasernenbau. Ein nichtorganisirter Kollege wurde zum Beitritt aufgefordert, weigerte sich aber, beizutreten. Da soll einer der beiden Organisierten eine allgemeine Drohung ausgesprochen haben gegen alle, die dem Verbands nicht beitreten wollen. Der andere hatte dem Polier erklärt, er und seine Kollegen würden die Arbeit einstellen, wenn der Polier die Unorganisierten nicht entlassen würde. Das Gericht fand darin nicht nur ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, sondern es verurteilte den Zimmerer, der dem Polier ev. Arbeitseinstellung angedroht hatte, auch wegen versuchter Erpressung zu drei Monaten Gefängnis.

Eine solche Rechtsprechung muß die ganze Arbeiterschaft aufreizen. Am Reichstag wurde selbst von bürgerlichen Rednern mehrfach, und in der letzten Legislaturperiode sogar vom Regierungssprecher angegeben, daß eine solche Anwendung des Erpressungsparagraphen mit dem Geiste des Gesetzes unvereinbar ist und daß der Gesetzgeber die Vermischung des Erpressungsparagraphen mit dem Koalitionsrecht nicht gewollt hat.

Wenn trotz solcher Erklärungen in der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches Richter eine derartige Rechtsprechung weiter pflegen und solch ungeheuerliche Strafen auswerfen, so beweist das jedermann klar, wie der Klassengeist in der Justiz verheerend wirkt. Geschieht das aber schon unter dem jetzigen geltenden Strafgesetzbuch, dann möchten wir erst sehen, was alles geschieht, wenn Bestim-

mungen nach dem Herzen der kapitalistischen Ausbeuter und Scharfmacher in das neue Strafgesetzbuch hineingebracht würden. Des grausamen Spieles ist wahrlich jetzt schon genug. Treibt man es noch weiter oder verschärft man es gar, dann muß eine Vermilderung in der Rechtsprechung eintreten, die die Gerichte zu reaktionären Polizeistätten herabdrückt und die bürgerliche Justiz überhaupt dem Volke als ein so schnell wie möglich auszurottendes Uebel erscheinen lassen müßte.

Doch, die Gerechtigkeit der herrschenden Klassen ist von jeher keine Tugend gewesen, wieviel weniger wird sie es in dem Staate sein, den die kapitalistische Ausbeutung zur Grundlage hat. Trotz alledem wird auch die ausgeprägte Klassenjustiz die Arbeiter an ihrem Aufstieg nicht hindern.

Der Streit im schwarzen Lager.

Die ganze schwarze Welt ist in Aufregung — christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine, Zentrumsparthei, simple Gläubige und Bischöfe — alles wirbelt durcheinander. Die Kopp und Papst! — die München-Glabbeach und Zentrum! — so tönen die Kampftrufe herüber und hinüber. Wozu der Lärm? beiteilt unsere schwarze Kollegin, die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ einen ellenlangen Leiter, in dem sie darzulegen sich bemüht, daß die christlichen Gewerkschaften von dem neuen Streit zwischen der Kölnner und der Berliner Richtung nicht berührt würden und „dem Ausgang des neuen Streites mit Ruhe entgegensehen können“. Wozu dann das lange Geschwafel, das jede ruhige Ueberlegung vermissen läßt?

Die Bahn ist frei! schreibt dagegen stolz die „Kölnische Volkszeitung“ und errichtet einen Galgen für alle „Quertreiber“. Wer jedoch an dem Galgen baumeln wird, steht vorläufig noch nicht fest, denn die Quertreiber sind nicht müßig und richten immer größere Keulenschläge gegen die Kölnner Richtung. Beschuldigte die letztere den Grafen Oppersdorf und den Kardinal Kopp, durch neue Intrigen den Streit neu entfacht zu haben, so antworten diese darauf mit der für die Kölnner fatalen Behauptung, daß der Kardinal Kopp nur „auf Wunsch des Papstes öffentlich erklärt“ habe, daß er sich zu der mildernden Interpretation der Enzyklika Singulari quadam, wie sie durch Bischof Schulte unternommen wurde, nicht mehr bekenne, mit anderen Worten: Der Papst billigt diese Interpretation nicht.

Und das sollte die christlichen Gewerkschaften, gegen die sich doch die Enzyklika in erster Linie richtet, nicht beunruhigen? Da ist allemal doch wohl a bissel Verstellung dabei. Was aber für sie ein wenig tröstlich sein mag, ist das, daß die Zentrumsparthei jetzt offiziell den Kampf gegen den Papst — pardon! gegen die Quertreiber ausgenommen und ihnen den Krieg erklärt hat. Der „Reichsausschuß“ der Zentrumsparthei trat zusammen und faßte einen fulminanten Beschluß, der die „Quertreiber“ für „Feinde des Zentrums“ erklärte, die nun natürlich als vogelfrei gelten.

Die christlichen Gewerkschaften trommelten ebenfalls ihre Führer in Bochum zusammen, die zwar weniger scharf resolutionierten, aber nicht weniger wild auf die Quertreiber losgingen. Trotzdem „sehen sie in Ruhe dem Ausgang der Sache entgegen“. Der Ausgang ist aber noch nicht da; es ist auch nach der neuesten Kanoniker Kopp's nicht voraussehen, wie der Ausgang sein wird. Wenn der Himmel nicht selbst den christlichen Gewerkschaften beispringt, haben sie nichts Gutes zu gewärtigen.

Der vorjährige Streit war ein sanftes Gefäß gegenüber dem jetzigen Toben unter den Gläubigen der allein seligmachenden Kirche. Man könnte, wenn man selbst gläubig wäre, annehmen, der Teufel sei in die christlich-katholischen Brüder gefahren, so herzhaft suchen sie einander vom „ewigen Leben“ zu helfen und hängen einander verdammnisheischende Titel an. Die gesamte Presse beider Richtungen hallt davon wider, und besonders die der christlichen Gewerkschaften bebt vor Zorn am ganzen Leibe, trotzdem ihr nach dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ bei diesem Streit „in der Hauptsache die Zuschauerrolle zufällt“. Spotten ihrer selbst und wissen nicht, wie!

Geh's so fort, ist tollfischer noch eine päpstliche Enzyklika zu erwarten. Vielleicht erhält die, die ein Verbot des Streiks ausspricht und schon fertig in der Schublade des Papstes liegen soll, einen Anhang, der den christlichen Gewerkschaften einen festeren Strick um den Hals legt, als die jetzt schon so heiß umstrittene.

Wenn wir sagen, wir können dem mit Ruhe entgegensehen, so hat das wenigstens Sinn. Wer die Christlichen fürchten eine neue Enzyklika — beinahe hätten wir

gesagt: wie den Teufel! — weit mehr, als aus ihrem verzweifeltsten Muebekennnis hervorgeht. Nun — wo h! belomms!

Reichstagsbrief.

Wie alles, was von den herrschenden Parteien getan wird, dem kapitalistischen System dienen muß, so auch alles, was im Reichsamt des Innern geschieht. Nicht am wenigsten trägt zur Beschönigung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände bei, wie das Statistische Amt alles in ein zahlenmäßiges Bild faßt. „Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten“ — denkt man dort und macht die wunderbarsten Dinge, oder man macht sie auch nicht, wenn das Bild „Schönheitsfehler“ durch eine Feststellung bekommen könnte.

So sind z. B. im Jahre 1904 Erhebungen über die Kinderarbeit in der Forst- und Landwirtschaft gemacht worden. Bis heute jedoch — also zehn Jahre danach — ist das Ergebnis der Erhebungen nicht veröffentlicht. Genosse Rühle frag den Staatssekretär nach dem Grunde der Geheimhaltung. Alles, was bis jetzt bekannt wurde, läßt darauf schließen, daß die Kinderarbeit in ungeheurer Weise ausgebeutet wird, so daß schweres Kinderelend die Folge sei. Man scheine sich zu schämen, wenn dieses fürchterliche Elend ziffernmäßig bestätigt werde.

Unglaublich aber wahr ist, daß der Staatssekretär sich darauf hinausredete, daß „zwei Bundesstaaten“ das Material noch nicht eingesandt hätten. Unterlassen das die zwei Bundesstaaten auch ferner, dann wird also die Veröffentlichung der skandalösen Zustände von amtswegen unterbleiben. Geld, Kraft und Zeit ist unnütz verban und der Kinderarbeit graffiert unbehelligt weiter.

Kindereis ist bekanntlich die amtliche Streitstatistik. Genosse Legien konstatierte, daß sie noch ebenso tendenziös sei, wie zu der Zeit, als sie zur Grundlage des Zuchthausgesetzentwurfes dienen mußte. Seit vier Jahren befindet sich der Staatssekretär in Erwägungen, wie sie verbessert werden könne, aber der Staatssekretär mußte nicht zu sagen, wie und wann aus diesen Erwägungen heraus die falsche Streitstatistik beseitigt und endlich eine wirklich zuverlässige geschaffen werde.

Gerade die Unzuverlässigkeit der amtlichen Statistik zeigt, daß traurige Zustände und Arbeiterverhältnisse vertuscht werden, und daß die Sozialpolitik der Regierung ohne jeden Halt und in ihrer Unzulänglichkeit wertlos ist.

Beim Gesundheitsamt trat Genosse Antrick für eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Kranken- und Pflegepersonals ein. Schutzgesetze sind hier dringend nötig. Der Staatssekretär hält eine gesetzliche Regelung nicht für angebracht, aber er regte Vereinbarungen zwischen den Anstalten an, um Mißstände zu beseitigen. O du sozialpolitische — Weisheit!

Genosse Büchner forderte gesetzliche Regelung des Hebammenwesens im Interesse armer, hilfloser Wöchnerinnen; Genosse Fädel verlangte ein Verbot der Nachtarbeit und der Arbeit am Sonnabendnachmittag im Interesse hauptsächlich der Arbeiterinnen; Genosse Hofrichter verlangte Schutz für die beim Weinbau beschäftigten Personen, aber die Regierung schweigt oder tut nichts. Es kam wohl zur Annahme einiger Resolutionen, die jedoch wahrscheinlich alleamt in den Papierkorb des Bundesrats wandern.

Die nächsten drei Tage waren der Beratung des Reichsversicherungsamtes vorbehalten. Zunächst nahm Genosse Bauer eine zweifelhafte Abrechnung über die Arbeiterversicherung vor. Die Reichsversicherungsordnung sei für die Arbeiter zum Strick geworden, mit der die Selbstverwaltung der Kassen erdrückt werde. Selbst die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sei seit diesem Gesetz verschlechtert worden. In die Arbeiterversicherung sei der Kampf getragen worden durch das Vorgehen der Behörden; langjährige Kassenbeamte werden auf die Straße geworfen und der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern wird verschärft. Wo beide Teile sonst gemeinsam handelten, werden sie durch behördliche Eingriffe darin gestört, der Zweck der Arbeiterentrichtung werde mit Hilfe der Reichsversicherungsordnung brutal durchgeführt.

Der Staatssekretär Delbrück bewies auch hier, wie er absichtlich all das gewahren läßt, um dem Unternehmertum zu zeigen, wie gegen eine wirklich gute Sozialpolitik gewirkt werden muß, denn alles gegen die Arbeiter gerichtete geschieht im Interesse des Unternehmertums. Sein Adlatus Caspar qualte sich noch mit Redensarten, um die Behörden zu rechtfertigen, aber die Genossen Koch und Feldmann zerpfückten diese Redensarten und führten weiteres Material ins Treffen, das besonders bestätigte, wie jetzt die Regierung entgegengesetzt zu ihrer Stellung-

nahme bei Schaffung des Gesetzes handle und es selbst jetzt so auslege, wie sie es damals für unzulässig erklärt habe. Bemerkenswert ist, daß bürgerliche Redner absichtlich über die Landtranklassen sprachen und ungeniert forderten, daß die Arbeitgeber von der Pflicht befreit würden, ihre Dienstboten in den Klassen zu verzeichnen, d. h. eine Nichtausführung des Gesetzes verlangten. Natürlich äußerte diese „Arbeiterfreundlichkeit“ von unsern Genossen die richtige Bezeichnung.

Auch nach dieser Debatte fanden die auf Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung gerichteten Anträge Annahme durch beträchtliche Mehrheiten, aber das Verhalten der Regierung läßt nichts erhoffen. Auch eine Denkschrift über die Durchführung des Heilverfahrens in den Landesversicherungsanstalten wurde gefordert.

Dann gab es interessante Auseinandersetzungen über den Kampf der von bürgerlichen Versicherungsgesellschaften gegen die „Vollfürsorge“ eröffnet worden ist. Genosse Hillenbrand legte den Zweck und die Vorteile der „Vollfürsorge“ für die Arbeiter mit bereiten Worten dar und wies die Verdächtigkeit dieser Arbeiterversicherung durch die kapitalistischen Profitjäger scharf zurück.

Die bürgerlichen Redner suchten trotzdem die „Vollfürsorge“ als ein der Politik der Sozialdemokratie dienendes Staatssekretär hinzustellen und wurden dabei von dem Staatssekretär Delbrück ziemlich unverblümt unterstützt. Genosse Heine ließ aber daraufhin den Herren eine Abfuhr zuteil werden, die tatsächlich dem Staatssekretär den Mund stopfte, denn dagegen vermochten zweideutige Redensarten und falsche Interpretationen der Pflichten des Aufsichtsamts nichts auszurichten. So endete der parlamentarische Kampf der Gegner der „Vollfürsorge“ mit einer noch größeren Blamage, als ihre Anwürfe außerhalb des Parlaments.

Am Ende der Woche wurde dann endlich die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern zu Ende gebracht. Vorher gab es jedoch noch eine lebhafteste Debatte über die Unterstützung der „Olympischen Spiele“. Die Regierung ließ durch den Ministerialdirektor Lewald beweglich um die Bewilligung des Postens bitten, in der Budgetkommission mit der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Mehrheit abgelehnt worden war.

Unser Genosse Kühle begründete in trefflicher Weise die Stellung seiner Fraktion. Die sozialistischen Schützlinge der Arbeiterturn- und Sportvereine, ihre Zurückweisung von der Veranstaltung der „Olympischen Spiele“ gebiete es um ihrer Ziele und ihrer Ehre willen, daß die sozialdemokratische Fraktion die Unterstützung aus Reichsmitteln nicht bewillige. Als dann bürgerliche Redner, besonders der Fortschrittler Müller-Meinungen, die Sozialdemokratie deshalb kritisierte, machte ihnen Genosse Heine klar, daß die Polizeiwirtschaft die Hebel in diese Bewegung trage, daß aber auch die „Deutsche Turnerschaft“ Schuld trage an der Verfolgung der freien Arbeiterturnerschaft. Gaben doch „keusche“ Turner erklärt, sie nähmen nicht teil an den Veranstaltungen, wenn Arbeiterturnvereine daran teilnehmen dürften!

Die Abstimmung über diesen Posten wurde bis Dienstag verschoben, bis dahin kann das Zentrum noch für die Bewilligung gewonnen werden.

Rundschau.

Gegen die Koalitionsrechtsmenscherei. Die sozialdemokratische Fraktion der sächsischen Zweiten Kammer hat zu der Forderung der konservativ-national-liberalen Arbeitwilligenhinterziehung folgenden Antrag eingebracht:

Die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß

- 1. alle das freie Koalitionsrecht einschränkende und seine Ausübung erschwerende gesetzliche Bestimmungen in Reich und Bundesstaat beseitigt werden,
- 2. die unbeschränkte Koalitionsfreiheit durch gesetzliche Bestimmungen sicher gestellt, insbesondere die Einschränkung oder gar das Verbot des Streikpostens durch lokale Behörden unmöglich gemacht und
- 3. das Koalitionsrecht allen Arbeitern und Angestellten gewährleistet wird.

Soll der Landarbeiterverband für politisch erklärt werden? Der Bund der Landwirte hat sich durch seinen Syndikus Dr. König ein Gutachten ausarbeiten lassen, daß der Landarbeiterverband schon durch die politische Tendenz seiner Zeitung ein politischer Verein sei und daß deshalb seine Versammlungen angemeldet und überwacht werden müßten. Die Anmeldung hätte dann natürlich beim Guldvorsteher zu erfolgen, der auch die Versammlungen überwachen könnte, und damit wäre natürlich für die preussischen Junker das Spiel gewonnen. Einige schriftliche Gerüchte haben denn auch schon in bezug auf die Übereinstimmung mit der seltamen Verhandlung des Bundes der Landwirte den Landarbeiterverband für politisch zu erklären versucht. Für die gesamte Arbeiterschaft muß diese Frage gegen den Landarbeiterverband ein Antriebs mehr sein, auch für den Landarbeiter das freie und volle Koalitionsrecht mit allem Nachdruck zu fordern.

Rein Abblauen der Risse? Die sächsischen Baumwollindustriellen beschloßen seinerzeit, eine Produktions einschränkung in der Richtung vorzunehmen, daß bis zum 1. April nur an fünf Tagen in der Woche gearbeitet wird. Am Mittwoch hat nun wieder eine Versammlung der sächsischen Baumwollindustriellen in München getagt, an der Vertreter von 33 Rohwollereien teilnahmen, die insgesamt 31 000 Webstühle stehen haben. Es wurde beschlossen, die Betriebsbeschränkung auch im zweiten Quartal 1914 fortzuführen zu lassen, falls sich weitere Rohwollereien in dem Umfang anschließen, daß eine Gesamtbeteiligung von 40 000 Webstühlen erreicht wird. Da jetzt schon Betriebe mit 31 000 Webstühlen für die Betriebsbeschränkung sich ansprechen, wird es nicht schwer fallen, den Rest noch zu erlangen. Die Textilarbeiter können sich also auf ein weiteres Hungerwinterjahr einrichten lassen.

Schutz von Gesundheit und Leben. Die Rücksichtslosigkeit gegen Gesundheit und Leben der Arbeiter erhellt aus der immens hohen Zahl fortdauernder Uebertretungen der Arbeiterschutzvorschriften. Zwar gelangt leider wohl kaum der zehnte Teil der tatsächlichen Verstöße zur Anzeige, Klage und Verurteilung. Dennoch wächst die Zahl der Uebertretungen gegen die zum Schutz der Arbeiter erlassenen Vorschriften von Jahr zu Jahr:

Nach der amtlichen Statistik erfolgten Verurteilungen:	1907	1912
Vergehen betr. Bestimmungen über Lohnzahlung	37	32
Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern	2 114	2 714
Mühezeit und Mittagspause	222	369
Bezeichnete Zeugnisse oder Arbeitsbücher	2	4
Sonntagsruhe	8 835	13 553
Ladenschluß	2 219	3 677
Verbotene Beschäftigung	—	63
Vorschriften zum Schutze der Arbeiter	2 195	1 789
§ 147 Nr. 4 der G.-D.	29	53
Arbeitsordnung	—	—
	15 653	22 254

Die ungeheure Zunahme der Uebertretungen von Arbeiterschutzgesetzen zeigt die Dringlichkeit eines besseren Schutzes der Arbeiter gegen Angriffe der Unternehmer. Ein solcher besserer Schutz wäre ein freies, gegen Unternehmerterror gesichertes Koalitionsrecht.

Wanderung von Landarbeitern. Infolge der starken Arbeitslosigkeit hat der ostpreussische landwirtschaftliche Zentralarbeitsnachweis in Berlin Umschau gehalten nach arbeitslosen Ostpreußen, um sie zu veranlassen, wieder Landarbeiter zu werden. Wie es heißt, sollen sich viele Ostpreußen und auch Nichtostpreußen bereit erklärt haben, Arbeit in der Landwirtschaft anzunehmen. Fraglich ist aber, ob die Agrarier die Arbeitskräfte nehmen werden. Sie jammern wohl über die Leutenot, beschäftigen aber lieber die billigen und bedürfnislosen Russen und Galizier, und zur Erntezeit wird ihnen ja außerdem noch das Militär zur Verfügung gestellt.

Gelbe Bertvereine und Vorbelle. Die Magdeburger (gelbe) Fleischergefellensbrüderchaft hat im neuen Jahre den Fleischergefellens Rolle einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt. Die Frau dieses Rolles unterhält in Magdeburg, Knochenhauerufer Nr. 48, ein Vorbelle.

Aufrührer unter den Gelben. Der Ritt, der die „Wirtschaftsfriedlichen“ zusammenhalten soll, verliert auf die Dauer seine Wirksamkeit. Wir haben schon wiederholt gehört von schweren Differenzen, die die Reihen der Gelben aufwühlten. Jetzt wird ein gleiches aus Magdeburg berichtet, und zwar ist es das dortige gelbe Blatt selber, das den verhängenden Schleier vor diesen Zuständen wegzieht. Hader und Streit seien eingezogen, so heißt es, so daß die „Förderung zur Kollegialität zum Märchenbilde geworden“ und das wichtige Moment der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen herabgesunken sei zu einem heillosen Paragrafen, Abrechnungen — alles in allem eine geborstene Säule, ein zerplitterter Stamm, den noch stützen zu können auch der Zielbewussteste nicht mehr erhoffen dürfte“. Trotz dieser doch wahrhaft verzweifeltsten Situation wurde der Versuch unternommen, der „geborstene Säule“ wieder aufzuhelfen. Dazu wurde dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in der ein „Kartell der vaterländischen Arbeitervereine von Magdeburg und Umgegend“ gegründet werden sollte. Der Syndikus der Reichsverbände, Dr. Pohl, hatte die Aufgabe, die auseinanderstrebenden Elemente wieder zusammenzuführen. Der Erfolg war der, daß es zu einer wüsten Auseinandersetzung kam, die schließlich in persönlichem Hader und Streit endete. Unter diesen Umständen hat es auch keine Bedeutung, daß die Mehrheit der Versammlung sich zuletzt noch „prinzipiell“ für die Gründung eines Kartells entschied. Das gelbe Blatt meint selbst, wenn das Kartell zustande kommen sollte, dann müßte mit einem eisernen Besen gründlich ausgefegt werden.

Diese Gärungen in den Reihen der Gelben kommen nicht von ungefähr; sie sind in dem Wesen dieser „Bewegung“ begründet, die nicht großen Zielen nachstrebt, sondern sich stützt einesteils auf den terroristischen Zwang, den das Unternehmertum ausübt, und andernteils auf jene halblösen Charaktere, die da glauben, durch liebevolleren Wohlwollen weiter zu kommen, als durch zielfälligen Zusammenschluß mit ihren Arbeitskollegen. Da ergeben sich zu bald Differenzen, die auch so leicht nicht zu überbrücken sind, weil ein einigendes, alle zusammenschweißendes Band fehlt. Solche Streitigkeiten aber fördern in den Reihen der Arbeiter die Erkenntnis, daß nicht bei den Gelben, die nur dem Unternehmertum dienen, ihr Platz ist, sondern daß sie in die freien Gewerkschaften hineingehören.

Wie sie sich lieben! Von der Postmilch im katholischen Lager entwirft die katholische „Westfälische Rundschau“ folgendes Bildchen:

„Wieder Austrich herrscht im katholischen Lager. Der Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorf hat alle Bande frommer Ehen gelöst und bietet der Welt sogar das unerhörte Schauspiel des eskalierenden Krieges zweier Bischöfe. Alle niedrigen Instanzen werden aufgerufen, aus den Augen der kämpfenden Lobert der Hölle jedes Wort anzuheben und nachzusagen, jeder möchte auf den andern mit Dolch und Revolver losgehen. Von der höheren Geistlichkeit des Christentums ist keine Spur mehr zu finden. Wo bleibt der Geist der Liebe und der Gerechtigkeit, die Wärme gemeinsamen Zusammengehörens in allen diesen leidenschaftlichen persönlichen Auseinandersetzungen, wie sie in vielen Zentrumsbüchern ungeliebte Spalten füllten? Das Bombardement richtet sich zunächst gegen den Kardinal Kopp, auf ihn hat man laß, aber den Papp meint man; denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Kopp in dieser hochgradigen Frage sich eins weiß mit dem Papp. Der Sturzfall des katholischen Blattes gegen einen Bischof, gegen einen Kardinal ist ein Schicksal, das noch zu überleben. Hoffentlich, als ob alle „moderateren“ Zentrumsbücher, die „katholische Volksgemeinschaft“ voran, sich in eine Verschwörung gegen Rom und den Papp zusammengeschlossen haben. Dem Schanden hat allerdings

die kirchliche Autorität, und diese Jahre werden nicht hinreichen, um diesen Schaden gut zu machen.“ Wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte manchmal die Wahrheit.

Der Kampf um den Vorsitz in der Dresdener Ortskrankenkasse. Wie in Leipzig, so wird nun auch in Dresden, dank der unsinnigen Bestimmung der Reichsversicherung über die Wahl des ersten Vorsitzenden, der dauernde Kampf in der Kasse entbrennen. Die erste Ausschusssitzung zeigte dies schon. Ihr Verlauf entsprach den Scharfmachereien, die schon lange von dem Syndikus der Metallindustriellen geleitet wurden, die darauf hinausgingen, den bewährten Vorsitzenden der Kasse, den Leiter der deutschen Krankenkassenbewegung, Laubitz, abgeordnet in Dresden, der 20 Jahre lang an der Spitze der Kasse steht, zu beseitigen. Es ist überaus charakteristisch, daß bei den Unternehmern keine Eingung für diesen Streich erzielt werden konnte. Einige Unternehmer traten öffentlich für die Wiederwahl Fräßdorfs ein. Demgemäß lagen bei der Vorstandswahl zwei Vorschlagslisten vor. Die der Scharfmacher erhielt aber vier Stimm im Vorstand von den sieben, die den Unternehmern im ganzen zufallen. Sie können nun verbieten, daß Fräßdorf wieder Vorsitzender wird, denn dieser muß die Mehrheit der Arbeiter wie auch die der Unternehmervertreter auf sich vereinigen. Es wird also auch in Dresden ein Beamter Vorsitzender werden.

Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe und die Jugendbewegung. Jüngst haben die deutschen Bischöfe einen Hirtenbrief über den Niedgang der Geburtenzahl, die gegenwärtige Frauenkleidung und die Jugendzucht herausgegeben, der ganz außerordentlich kennzeichnend für die Annäherung und Rücksichtslosigkeit der Kirche ist. Zuerst wird darin die Behauptung aufgestellt, daß sich in früherer Zeit nur die Kirche um die Jugend bekümmert habe. Was dabei herausgekommen ist, hat die ständig wachsende Biffer der Jugendlichen gezeigt, die mit Strafregister und Gefängnis Bekanntschaft machen mußten. Auch jetzt ist die Hauptfrage der Kirche, daß der Jugend der Glaube an den Storch nicht zerstört wird. Feinlich wird verstanden: „Niemals sind gemeinsame turnerische Veranstaltungen von Knaben und Mädchen zu billigen. Auch jedes vor der breiten Öffentlichkeit hervortretende Schauturnen von Mädchen und Damen muß auf schärfste verurteilt werden.“

Nicht beim Turnen und Wandern, sondern lediglich auf dem Tanzboden sollen sich also junge Mädchen und Burischen treffen. Selbst die bürgerlichen Turnvereine in katholischen Gerenden und die Mädchenabteilungen der Deutschen Turnerschaft und des Jungdeutschlandbundes haben sich an diese Erlasse niemals gelehrt. Gleichwohl wird mit deutlicher Anspielung auf die Arbeiterjugendbewegung fortgefahren:

„Man bedröht die Jugend durch Vortauspielung einer schrankenlosen Freiheit und gibt ihr einen Freibrief für alle Schlechtigkeiten und Ausschweifungen.“ Das ist allerdings eine ganz hervorragend dreiste und unwahre Verdächtigung. Die freie Jugendbewegung steht allerdings nicht auf dem Standpunkt der Weichlichkeit: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Aber ihre Moral hat es mit der schwarzen Zentrumsmoral noch jederzeit aufnehmen können. Der Jugend Freude und Wissen zu bringen, sie in die freie Natur herauszuführen und ihr erste Interessen naheulegen, das ist das Bestreben der freien Jugendbewegung und zugleich der einzig richtige Weg zur Überwindung vorzeitiger Sinnlichkeit und häßlicher Lüsterheit.

Berichte.

Sozial. Hier in Soest haben sich in unserer Industrie ganz eigenartige Zustände entwickelt. Fortwährend werden Arbeiter nach hier gesucht; sobald aber fremde Arbeiter angekommen sind, lehnen sie sich auch schon wieder fort. Der Werkmittelbesitzer von der Firma Kröger könnte viel dazu beitragen, daß dieser Zustand aufhört. Mitunter trinkt der Mann mit den Arbeitern aus einer Flasche, aber läßt sich von Kollegen Einkäufe besorgen, wenn aber ein Arbeiter dem Meister mißfällt, so traktiert er ihn mit den obersten Rebenarten; allenfalls schreit er: Wenn der Kerl nicht hinausfliehet, dann gehe ich in vier Wochen. Der Anlaß zu manchem Streit ist natürlich Klatscher. So ging z. B. die Frau eines im gleichen Hause des Meisters wohnenden Kollegen, als sie ausgehen wollte, zurück, um ihr vergebliches Geld zu holen. Die Meistersfrau schickte sich darauf beschwert, was sie auch zum Ausdruck brachte. Am anderen Tage hat sich die Werkmittelbesitzerin noch nicht beruhigt und droht mit Abhängung des Ehemannes ihrer Keulbin. Und richtig, der betreffende Kollege wird auch gekündigt. Der Fabrikant nimmt keine Rücksicht an und hat erklärt, was sein Meister anordne, muß ausgeführt werden. Wir sehen uns angeblickt dieser Tatsache veranlaßt, solche für Tabakarbeiter unwürdige Zustände zu kritisieren und werden künftig die Verhältnisse so lange veröffentlichen, bis sie abgeschafft worden sind. (Anmerkung der Redaktion: Wenn die Kollegen schon notwendig auf der Erde trinken müssen, müssen sie dann mit dem Meister aus einer Flasche trinken? Und besteht denn eine Verpflchtung, für den Meister Wuch zu holen? Wenn der Meister nicht vermag, sich gegenüber den Kollegen zu verhalten, wie es sich ergibt, dann sollten die Arbeiter vernünftig genug sein, jede außergewöhnliche Verbindung mit ihm zu vermeiden; sie sollten niemals ihre Arbeitervörde vergessen. Will um so größerem Recht können sie nachher des „Meisters“ Handlungswelle kritisieren.)

Basewahl. Am 27. Januar fand hier eine schlechtbesuchte Mitarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Wahl der Revisoren und Kartellbelegierten; 4. Reichsbund; 5. Vortrag des Kartellrats Denkschrift. Der Kassierer Reichhold's Bericht verlas die Abrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Paul Sauer und Wladimir Mähm, zu Kartellbelegierten die Kollegen Hermann Bölow und Karl G. Unger gewählt. Unter Reichholdes wurde ein Antrag des Kollegen Sauer, über die Quartalsversammlungen im Tabak- und Zigarrenarbeiten, angenommen. Kollege Fischer beantragte, die Sozialmarke abzuschaffen und die Regelung der Sozialbeiträge mit dem Verbandsbeitrag einzuführen, damit dem Kassierer Arbeit erspart werde; und zwar sollen in der 1. Klasse 40, in der 2. Klasse 50 und in der 3. Klasse 60 erhoben werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann wählte Kollege Denkschrift in seinem Vortrag aus, daß die wirtschaftliche Krise sich auch in der Tabakarbeiterbranche bemerkbar mache; die Folgen derselben könnten nur durch eine starke Organisation begegnet werden. Die Basewahl Tabakarbeiter seien wirklich nicht auf Rosen gebettet, aber sich zu organisieren, halten sie noch lange nicht alle für ihre Pflicht. Von 150 Tabakarbeitern des Ortes seien nur 32 im Verband, da sei noch sehr viel Arbeit nötig.

um die Forderungen der Organisation zuzuführen. Keiner fordert zu einer lebhaften Agitation auf und ersucht, nicht eher Rast zu halten, bis der letzte Fabrikarbeiter im Verbande ist. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Hausagitation zu veranstalten; die Vorbereitungen dazu werden der Ortsverwaltung übertragen. Zum Schluß fordert der 1. Bevollmächtigte, Kollege Bärger, die Anwesenden auf, trotz der Organisation zu halten und für sie zu wirken. (Nicht beide Seiten des Papiers beschreiben! Red. d. T. S.)

Neulübbau. Die am 30. Jan. stattgefundene Versammlung besaß folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer vorgelesen und für richtig befunden. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Philipp Rupp als 1., Jakob Steidel als 2. und Nikolaus Kuppinger als 3. Bevollmächtigte gewählt. Die Revisoren wurden die Kollegen Karl Wott und Friedr. Demerun gewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, daß dem Gewerkschaftsartikel Hedenheim aus der Lokalkasse der Betrag von 25 A zur Deckung der Agitationskosten, welche durch die Bezirkskrankenkassenauschüsse entstanden sind, zugeführt werden sollen. Im weiteren wurden noch verschiedene Verbandsangelegenheiten geregelt.

Gesford. Mitgliederversammlung vom 1. Februar. Die Versammlung war gegenüber den letzten Versammlungen leblich besucht. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Regelung der Lokalkassenfrage. Bis jetzt haben sich eine Reihe Mitglieder nicht entschließen können, den in einer Versammlung festgesetzten Lokalkassenbeitrag zu zahlen. Die Zahlstelle war somit nicht in der Lage, den Verpflichtungen gegenüber dem Gewerkschaftsartikel und dem Sekretariat nachkommen zu können. Auch konnten keine Zuwendungen aus der Lokalkasse an die Mitglieder gemacht werden. Diesem Uebelstand mußte einmal abgeholfen werden. Die Kollegen Landree und Bahle und andere Kollegen traten mit Entschiedenheit für die feste Beitragszahlung auch in der Lokalkasse ein. Wer sich weigert, den von der Mehrzahl der Mitglieder festgesetzten Beitrag zu zahlen, komme seinen Verpflichtungen nicht nach. Bei regelmäßiger Zahlung des Lokalkassenbeitrages werde es möglich sein, aus der Lokalkasse bestimmte Zuschüsse bei Sterbefällen, Krankheit oder Arbeitslosigkeit und auch in Notfällen zahlen zu können. Kollege Donhaus spricht sich für Erhebung eines bestimmten Wochenbeitrages in Höhe von mindestens 5 A. Die Versammlung beschließt einstimmig, vom 1. Januar ab einen wöchentlichen Lokalkassenbeitrag in Höhe von 5 A zu erheben. Zur Zahlung ist jedes Mitglied der Zahlstelle verpflichtet. Auf Vorschlag des Kollegen Bahle soll die Verwaltung in der Aprilversammlung Vorschläge über die zu leistenden lokalen Unterstüngen unterbreiten und es soll dann ein Statut der Lokalkasse geschaffen werden. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Donhaus, welcher seinen Posten niederlegt hatte, nahm, da die Versammlung ihn einstimmig wiedewählte, den Posten des 1. Bevollmächtigten wieder an.

Ortesen. In der am 1. Februar abgehaltenen Versammlung wurde folgende Tagesordnung erledigt: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gab Kollege W. Paale den Kassensbericht vom 4. Quartal; da die Kassensführung als ordnungsgemäß befunden wurde, erteilte die Versammlung dem Kassierer Entlastung. Die Einnahme und Ausgabe der Verbandskasse blanzierte mit 207 A die der Lokalkasse mit 80 A. Bei Punkt 2 wurden die Kollegen Ernst Paasch als 1., Gustav Baal als 2., Karl Bartusch als 3. Bevollmächtigte einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Paul Reske und Emil Wobstky gewählt. Den Kartellbericht nahm die Versammlung mit Verurteilung entgegen. Unter Verschiedenes lag Wichtiges nicht vor.

Weldern. Die Generalversammlung vom 1. Februar erledigte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Lokalkasse; 3. Wahl der Ortsverwaltung; 4. Verschiedenes. Der Kassierer gab die Abrechnung der Verbands- und der Lokalkasse vom 4. Quartal bekannt. Kollege Kamann als Revisor beantragte Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl sämtlicher Kollegen. Unter Verschiedenem wurde die Angelegenheit der Firma Berg lebhaft besprochen. Kollege Walla kritisierte scharf das Verhalten des christlichen Verbandes unseren Kollegen gegenüber; nichts könnte man erlärnen von der Sache, die jetzt schon 5 Wochen vor dem famosen Schiedsgericht der Christen verhandelt würde. Bis jetzt sei noch keine Einigung erzielt. Beweis dafür sei, daß am 2. Februar eine Fabrikversammlung der Firma Berg stattfand, wo über das strittige Fasson verhandelt werden soll. An der Diskussion beteiligten sich viele der anwesenden Kollegen. Weiter wurde ein Antrag des Kollegen Ost, den Mitgliedern des Fabrikvereins für ihren Verdienstschaden Ersatz zu leisten, dem Vorstand überlesen. Auch wurde beschlossen, in nächster Zeit in eine Hausagitation einzutreten, an der sich der Gauleiter beteiligen soll. Die Versammlung war von Seiten der Mitglieder gut besucht. Das ist angesichts der Tatsache, daß uns hier kein Lokal zur Verfügung steht, ein Beweis, daß die Kollegen wissen, daß sie zum anzureicheren und gemeinschaftlich zu arbeiten gewillt sind. Sie haben erkannt, daß das Band der Zusammengehörigkeit sich enger um sie schließen muß; sie sagen sich, daß der einzelne Proletarier nichts ist, die festgeschlossene Falanz der Arbeiter aber alles sein kann. Wer so empfunden hat, wird auch stets dafür sorgen, daß alle Kleinmütigkeit, alle gillige und gemeine Beschäftigung zum Teufel gejagt wird im Interesse aller.

Jahrow. Am 1. Februar fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung gab der Kollege Wendlin bekannt. Die Einnahme betrug 881 A, die Ausgabe 382 A. Da die Abrechnung von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, erteilte die Versammlung dem Kollegen Wendlin Entlastung. Auch dem Kollegen Wendlin wurde für die richtige Führung der Lokalkasse Entlastung erteilt. Hierauf erteilte der Kollege Wendlin den Jahresbericht. Die Einnahmen betrugen 881 A, die Ausgaben 370 A. Die Mitgliederzahl betrug 146. Es wählten sich der Kollege M. Raab den Kartellbericht. Er führte unter anderem die Fortschritte des Kartells auf gewerblichen und anderen Gebieten an, was von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Den Bericht vom Bildungsausschuß gab der Kollege Draht. In seinem Vortrage gab er bekannt, daß die Zentralschule sich noch vergrößern habe. Mögen alle Mitglieder sich fleißig daran beteiligen und Gebrauch davon machen. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die Kollegen Mänger als 1., Wendlin als 2., Jacoby als 3. Bevollmächtigte gewählt. Zu Revisoren wurden Draht und Frau V. Thom gewählt. Als Mittelkassierer wurde der Kollege D. Wachholtz ernannt. In die Verwaltung der Lokalkasse wurden die Kollegen Reiz, Jacoby und Frau Wendlin gewählt. Der Kollege Draht wurde als Mitglied des Bildungsausschusses wiedergewählt. Im Verschiedenen wurden noch einige Unterstüngen bewilligt. Der Kollege Treßna gab noch bekannt, daß die Lokalkasse hier guten Boden gefaßt habe und wünscht er, daß sich jedes Mitglied daran beteiligen möge. Der Kollege Mänger wies noch auf den genutzlichen Abend hin, den der Gesangsverein „Eintracht“ im Helmschen Lokale in Aussicht stelle. Es würden noch einige innere Angelegenheiten zum Wohle der Mitglieder geregelt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband geschlossen.

Brieg. Am 2. Februar fand hierher selbst eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Verlesung der Abrechnung vom 4. Quartal 1913; 2. Jahresbericht; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung gab der Kollege Paayner bekannt. Die Einnahme betrug 608,18 A, der eine Ausgabe von 306,04 A. Gegenüberstand: es verließ mitlin ein Bestand von 171,22 A. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 70,00 A und eine Ausgabe von 78,75 A zu verzeichnen. Kollege Döhne erklärte im Namen der Revisoren, die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung befunden zu haben. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Den Jahresbericht gab ebenfalls Kollege Paayner. Er führte aus, daß das Jahr 1913 noch eins von denjenigen Jahren war, die der Brieger Arbeiter-

Verband nichts gutes brachten. 20 Mitglieder wurden arbeitslos und der größte Teil von ihnen ist heute noch ohne Beschäftigung. In den einzelnen Betrieben wurde besonders auf den Verbrauch des Deckblatts und des Umblatts geachtet. Wenn die Kollegen und Kolleginnen die geforderte Stückzahl aus dem Material nicht heraushalten, wurde ihnen mit Entlassung gedroht. Bei der Firma Wagner wurde sogar versucht, bei allen Sorten 50 A abzulegen. Durch das Eingreifen der Organisation unter Vermittlung des Gaultiers Clement wurde erreicht, daß nur bei zwei Sorten 25 A abgezogen wurden; bei den übrigen Sorten ist der Abzug unterblieben. Dem Beschluß der Gaukonferenz nachzukommen hatten die Brieger Kollegen und Kolleginnen keine Gelegenheit, sobald bisher eine Hausagitation nicht unternommen wurde. Vier Kollegen waren an vier Sonntagen im November in Wansin auf Agitation infolge dessen mußte die Agitation in Weg unterbleiben; sie soll aber in den nächsten Wochen vorgenommen werden. Die Jahres-einnahme betrug 3145,79 A, die Ausgabe 2074,57 A; davon entfallen auf Krankenunterstüfung 1102,35 A, auf Arbeitslosenunterstüfung 814,20 A; an den Vorstand gelangt wurden 630 A; an Sterbenunterstüfung wurden 145 A gezahlt. Schon aus diesen Zahlen kann man sehen, welchen Wert eine Organisation hat. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1913 142 und am 1. Januar 1914 104. Dieser Mitgliederabgang ist auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Sollen wollen wir, daß das Jahr 1914 für die Brieger Tabakarbeiter etwas besser wird, dann wird es auch nicht schwer fallen, das Verlorene wieder zurückzuholen und noch Neues hinzu zu gewinnen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Schreiber. Er berichtete ausführlich über die Beschlässe des Kartells, kam während seines Berichtes auf die Lokalkassenfrage, auf die Krankenentlastung und Stadtverordnetenwahl zu sprechen und ersuchte die Anwesenden, in Zukunft noch mehr Interesse wie bis jetzt an den Tag zu legen und bemüht zu sein, mitzuarbeiten an dem Ziel, das sich die freien Gewerkschaften gesetzt haben. Auch wurden noch die Anwesenenden auf die zum 1. März neu eingerichtete Zentralschule aufmerksam gemacht und ersucht, regen Gebrauch davon zu machen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der früheren Funktionäre: Otto Kieß als 1., Karl Paayner als 2., Willy Schreiber als 3. Bevollmächtigte, als Revisoren Paul Maluche und Joseph Döhne. Als Kartellbeauftragte wurden der 1. und 3. Bevollmächtigte bestimmt. Unter Verschiedenem wurden einige kleine Angelegenheiten erledigt.

Beersleben im Oberwald. Niedrige Löhne und erge Mißstände bestehen noch bei der Firma Salomon. Bezahlt wird für Einwohnern 0,35 bis 0,55 A, für Widelmachen 0,20 bis 0,25 A; außerdem wird sehr schlechtes Material verarbeitet. Die männlichen Arbeiter verdienen im Durchschnitt nicht mehr als 13,50 A wöchentlich. Da die Lebensverhältnisse teurer sind als in einer Großstadt, so kann bei dieser Firma auch kein fremder Kollege existieren. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Firma läßt viel zu wünschen übrig, wer nach ihrer Meinung zu wenig aus dem Deckblatt macht, wird fortwährend mit Abzug bestraft. Auch beim Umgang mit den Arbeitern ist man sehr grob und wegwerfend. In gesundheitlicher Hinsicht liegt auch vieles im Argen. Es wird zum Beispiel die trockene Einlage meist jeden Tag im Arbeitsraume abgehüttet, auch fehlt es an genügender Ventilation wie an genügender Heizung, so daß bei kalter Witterung die Arbeiter eine ganz enorme Einbuße an Arbeitslohn haben. Die Reinigung der Arbeitsräume ist vollständig ungenügend; die Aborte werden überhaupt nicht gereinigt. Der Fußboden im Arbeitsaal ist so defekt, daß man ordnungsgemäß nicht gehen kann. Die Wascheinrichtung ist auch nicht in Ordnung und alle 6 bis 8 Wochen wird nur ein reines Handtuch für 13 Personen geliefert. Da Herr Salomon unter diesen Umständen keine Arbeiter erhält, versucht er, bei unterm Arbeitnandweise Kollegen zu bekommen. Deshalb möchten wir an dieser Stelle die Kollegen zur Achtung mahnen — Nun noch ein Wort an die uns noch fernstehenden, welche es verümen haben, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen. Wir rufen euch zu: Tretet ein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, damit endlich mal etwas Gutes geschaffen werden kann zum Segen unserer Mitglieder!

Verbandssteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus) Zimmer 32 — Telefon Nr. 6048. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Gelb. Einkreis- und Vertiefungen nur an W. Nieder-Belland, Bremen, Kaulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhandels-Gesellschaft deutscher Kontowereine m. b. H. in Hamburg. Postcheckkonto Nr. 5349 beim Postämteramt in Hamburg. Für die Erhebung bestimmte Zuschriften sind an Jakob Krohn, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Guro Alendor, Bremen, Kaulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausblick bestimmte Zuschriften sind an Emil Gillen, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet: Das Mitgliedsbuch S II 22 191, lautend auf den Namen Karl Horn aus Wikmar, eingetr. l. 4. 08, Al. II. Im Vorangehenden ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand zu senden. (S. B. 281,4)

Ein Nachfolge.

Die Bevollmächtigten werden auf den Zigarrenmacher Paul Michaelis aus Neuschönfeld bei Leipzig, geb. am 7. September 1854, aufmerksam gemacht. Michaelis ist seit 1911 kein Mitglied des Verbandes. Trotzdem reist M. mit einem völlig zerfallenen, längst ungenügend gewordenen Mitgliedsbuch umher. Dieser Pöppel fehlt der Umschau, Titellblatt und viele andere. Auf die Seite 3 ist die Buchnummer 51075 und das Eintrittsdatum eingetragen, welches auf den 1. Februar 1908 angegeben worden ist. Hier liegt also auch noch eine große Fälschung vor. M. hat im Jahre 1911 8,00 A Unterstüfung zu unrecht erhalten, die zurückzahlen er sich weigert. Auf das oben geschilderte, zerfallene und gefälschte Buch hat M. im vorigen Jahre in Kleinmalkalben 7,20 A Unterstüfung in seinen Besitz zu bringen gewußt, indem er es verstanden hat, den Bevollmächtigten unredlich zurecht zu legen. M. hat also 15,20 A Unterstüfung zu unrecht erhalten. Da M. noch heute mit dem oben bezeichneten Buche auf der Wanderschaft ist, bewegen seien die Bevollmächtigten auf das eindringlichste vor ihm gewarnt und ersuchen wir, ihm das Buch abzunehmen und es dem Vorstande einzuhandeln. Man wisse diesem Kollegen überall die Tür. (S. B. 286,2 S. 14.)

Arbeitsnachweis.

Von den Arbeitsnachweisstellern wird mit Recht Klage darüber geführt, daß arbeitslose Kollegen die Arbeitsnachweisstellen umgehen und sich in sehr vielen Fällen direkt an die Arbeitgeber wenden. Wir weisen nachdrücklich auf dieser Stelle darauf hin, daß jeder Arbeitsuchende verpflichtet ist, sich vorher an den Arbeitsnachweis zu wenden; auch dann, wenn ihm Arbeit von irgend einer anderen Stelle angeboten wird. In jedem Falle, wo dieses unbeachtet gelassen wird, ist das ev. Fahrgeld zu verweigern. Dann aber auch besteht ein Mißstand darin, daß die Arbeitsuchenden, denen Arbeit nachgewiesen wurde, von der Annahme der Arbeit keine Nachricht geben. Im Interesse eines Arbeitsnachweises liegt es, daß derjenige Kollege, dem Arbeit vermittelt ist, den Arbeitsnachweis benachrichtigt von der Annahme der Arbeit.

Jahresbericht für 1913.

Der Jahresbericht für 1913 ist bereits fertig gestellt, daß er demnach dem Druck übergeben werden kann. Um die Auflage rechtzeitig festsetzen zu können, wird ersucht, umgehend die Anzahl der benötigten Exemplare auszugeben. Die Bestellungen sind bis 16. März auszugeben. Der Vorstand.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. S. = Verbandsbeiträge, B. = Zurückgezahlte, A. = Annoncen. 6. Februar: Dresden B. 200.—, Berlin B. 200.—, Werke B. 50.—, 7. Februar: Leipzig durch H. Haag B. 10.—, Strahburg B. 300.—, Ostf. B. 600.—, Abte. B. B. 120.—, Nordhausen B. 1000.—, Reutenkrug B. 50.—, A. — 80.—, Lenginghausen B. 50.—, A. — 80.—, 8. Februar: Dreßdel B. 150.—, Deßau B. 100.—, Schweib. B. 200.—, Fährtenwalde B. 70.—, 9. Februar: Orlanthenbaum B. 350.—, Halberstadt B. 110.—, J. 780.—, Spenge B. 300.—, Cönnern B. 100.—, Rudamm B. 20.—, Finkertwalde B. 300.—, Franzenberg B. 300.—, 10. Februar: Trebnitz B. 300.—, Albederodenbach B. 25.—, Baden-Baden B. 47,75, Pöthne B. 50.—, Berlin B. 300.—, Köbersheim B. 50.—, 11. Februar: Rauen B. 80.—, Volgenberg B. 50.—, Lungenau B. 100.—, Kopenhagen durch S. Petersen B. 14.—, Dönhaußen B. 100.—, Mingsolheim B. 55.—, 12. Februar: Kirchberg B. 100.—, Braunschw. B. 200.—, Linden B. 200.—, 13. Februar: Hamburg B. 150.—, Westf. B. 19,91. 14. Februar: Bremen B. 300.—, Hamburg B. 2000.—, Bremen, den 18. Februar 1914. W. Nieder-Belland, Kassierer.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1913 gingen beim Vorstande ein in der Zeit vom 10. bis 17. Februar 1914

Gau Altm.: Kreuznach.
Gau Heilberg: Göttingen.
Gau Ostf.: Dänning.
Gau Erfurt: Meuselwitz.
Gau Dresden: Kreischa.
Gau Breslau: Trebnitz.

Adressen der Bevollmächtigten.

Mannheim (7): 1. Bev. Rob. Ober, G 3 Nr. 4.
Neudamm (13): 1. Bev. Georg Schulz, Marktgrabenstr. 183.
Hollen (4): 1. Bev. Joh. Zahn, Nr. 214, 2. Bev. Johann Flaggmann, Nr. 157.
Hohenhausen (4): 2. Bev. Heinz Dülke, Nr. 45.
Sprottau (12): 1. Bev. Robert Palmühle, Röhlsstr. 33.
Salle (10): 1. Bev. Leo Kaszuba, Martinsberg Nr. 5, S. L.
Finkertwalde (13): 2. Bev. Herm. Schmellentin, Kirchplatz Nr. 1.
Sagnau (12): 1. Bev. Albert Schäfer, Al Burgstr. 33/34.
Bremervarden (1): 1. Bev. Friedr. Köhner, Lehe a. B., Rüdmerstraße 44.
Sasse (2): 2. Bev. Karl Scharff, Schlosserstr. 81.
Ennigloh (4): 1. Bev. D. Wippermann, Holzhauserstr. 509, 2. Bev. W. Voigtländer, Fohstr. 415.
Plaue (3): 1. Bev. Paul Martin, Kirchweg 49 b, 2. Bev. Oskar Bölle, Lüderstr. 28.
Kreischa (11): 1. Bev. Alfons Hoffmann.

Unterstüfungen werden ausgezahlt:

A. — = Arbeitslosenunterstüfung, K. — = Krankenunterstüfung. Rönigsbrück (11): Beim 2. Bev. Wilh. Frelenwalde, Doperswerderstraße 15, an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags. Verkehrslokal Graf's Hofm.
Finkertwalde: Beim 2. Bev. Herm. Schmellentin, Kirchplatz Nr. 1, Wochentags von 1/7 bis 8 Uhr abends und Sonntags von 1/10 bis 12 Uhr mittags.
Bremervarden: Für wandernde Mitglieder beim 1. Bev. Fr. Köhner, Lehe a. B., Rüdmerstr. 44. Für Mitglieder am Orte im Verkehrslokal von Gust. Schröder, Sonntags von 10 bis 11 Uhr morgens.
Plaue: An wandernde Mitglieder wird keine Unterstüfung ausgezahlt.
Kreischa: Beim 2. Bev. Karl Dilscher, Rosenstr. 111 g, an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends und Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Arbeitsangebote.

Zwei Wickelmacherinnen für Pennalarbeit, Lohn bei freier Zurichtung 5.— bis 5,50 A.
Zum 1. April: 10 Zigarrenmacher und 10 Wickelmacher auf Pennalarbeit. Nachfragen: Arbeitsnachweis Nordhausen, Verbandsbureau, Wolfstr. 14.

Mitglieder-Versammlungen.

Je lebendiger es in einer Gewerkschaft ist, um so größer sind ihre Erfolge!
Sonntag, den 21. Februar:
Rackstraße: Ab. 1/9, Schwarzwalder Hof.
Mühlhausen 1. Th.: Ab. 8 1/2, Kaiser Wilhelm". L.-D. wird dort bekannt gegeben.
Sonntag, den 22. Februar:
Eisenberg: Nachm. 3, Gasthof Hartmannsdorf. L.-D. wird dort bekannt gegeben.
Freitag, den 27. Februar:
Häckerkreuz: Ab. 8 1/2, 6. Winkler in Spenge. L.-D.: Soll die Zahlstelle Häckerkreuz mit Spenge verschmolzen werden? Gaultier Schlichter ist anwesend.
Sonntag, den 28. Februar:
Freiberg i. S.: Ab. 1/9, „Union“. Gaultier Verloff ist amwesend. die Arbeiter am Trufstumpff Ref. Paul Verloff; Distriktsion; Gewerkschaftliches.
Lannenberg: Gemeinsame Gewerkschaftsversammlung, nachm. 1/2, Arbeiterhalle in Oeyer. L.-D.: Welches Interesse haben die Arbeiter am Trufstumpff Ref. Paul Verloff; Distriktsion; Gewerkschaftliches.

Gestorben:

Am 22. Januar zu Dresden Robert Kaiser, Controller, aus Pilsnitz, 40 Jahre alt.
Am 11. Februar zu Magdeburg Peter Seiden aus Gbin a. Rh., 59 Jahre alt.
Am 12. Februar zu Rauen Anna Ried, geb. Klein, aus Pilsnitz, 42 Jahre alt.
Obre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorstand: Hamburg 21, Rogartstr. 5. Ausschüßrat: D. Eldow, Brandenburg a. V., Strinstraße 22.
Eingegangen vom 27. Januar bis 18. Febr. Altona 150.—, Langwedel 50.—, Weibich 100.—, Heiligenstadt 75.—, Bayen 50.—, Hamburg 100.—, Weibich 100.—, Wittweiba 30.—, Oberode 30.—, Habau 50.—, Ebbau 5.—, Sorau 50.—, Jaltrow 75.—, Bernburg 70.—, Brieg 40.—, Eghorndorf 50.—, Seddenheim 100.—, Leipzig 100.—, Rinteln 40.—, Caunrath 50.—, RL.
Sterbekasse. Altona 119,60, Eßlengern 27,45, Osnabrück 28,75, Langwedel 40,48, Rabbenhaußen 23,50, Heilbrunn 100,74, Frankfurt 18,32, Weibich 58,65, Wäzburg 29,41, Raminch 9.—, Heiligenstadt 15,50, Breslau 82,50, Weibich 25.—, Stuttgart 20,34, Bayen 31,74, Weibich 14.—, Wittweiba 16,80, Oberode 34.—, Eßlau 12,25, Habau 6.—, Dresden 70.—, Münderheim 20,20, Ebbau 38,97, Sassen 17,80, Truden 5,55, Röhrbach 6,75, Bernburg 69,57, Eghorndorf 8,97, Oberode 20,60, Weibich 8,97, Delmenhorst 28,28, Caunrath 11,73 RL.
Zuschüsse. Wäzburg 29,41, Langenbiefen 50.—, Labenburg 50.—, Neulübbau 200.—, Ostersee 50.—, Dresden 82,54, Braunschw. 200.—, Halle 150.—, Galle a. S. 100.—, Pungshadt 75.—, Sallendar 50.—, Dresden 170.—, Weibich 75.—, Delmenhorst 28,28
Franken- und Sterbegeld 199,48 RL.
Hamburg, den 18. Februar 1914. R. Otto

Rohtabakofferten von besonderer Preiswürdigkeit:

Java-Einlage:

No. 1839. Blattig, trocken, braun, leicht auf der Hand, verz. 90 Pfg. pro Pfund.

Java-Umblatt:

No. 1974. Loemadjang-Vollblatt, 3. Lg., leicht, sehr ergiebig, verz. Mk. 1.35.

Holländer-Umblatt

No. 2012. Prima Erdgut, Umblatt, leicht, zart, sehr blattig, verst. Mk. 1.10.

No. 2014. Prima prima Erdgut, Umblatt, ganz grosses zartes Blatt, reif, verst. Mk. 1.20.

Diese beiden Tabake haben flotten Blattbrand, guten Geschmack und sind sehr ergiebig.

Rein überseeische gemischte Blätter:

No. 1813. Trocken, grossblattig, viel Umblatt enthaltend, verz. 95 Pfg.

Sumatra-Decke:

No. 1964. LPC/Padang Brahrang, Vollblatt 2. Länge, reif, edel, reinfarbig, verz. Mk. 2.50.

Heinrich Franck

Berlin N 54, Brunnenstr. 22 Gegründet 1879

Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Versuchen Sie im eigenen Interesse unsere ganz vorzüglichen

Sumatra - Vollblatt - Decken

in den Preislagen von 280 bis 700 Pfg. pro Pfund verzollt, wenn Sie uns genaue Wünsche angeben, erhalten Sie einzelne gereinigte Typen gratis zugesandt.

Wir unterhalten auch grosses Lager in allen Arten

Umblatt- u. Einlage-Tabaken

und bitten, bei Bedarf unsere Offerten einzufordern.

Gebrauchte Wickelformen und Utensilien stets am Lager.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14

Beachten Sie besonders nachstehendes Angebot in

Vorstenlanden

- No. 7366. Sandblatt, duff u. zart Mk. 4.—
- No. 7561. 2. Lge., famoser Kehrecker Mk. 3.50
- No. 7432. Ganz dunkel, Mexico-Ersatz Mk. 3.—
- No. 7358. 2. Lge., links, grau, ff. Brand Mk. 3.—
- No. 7531. 2. Lge., matte Farben Mk. 2.50
- No. 7532. Feinstes Umblatt mit Decke Mk. 2.—
- No. 7514. Umblatt, 1. Lge., als Decke brennend Mk. 1.80
- No. 7533. 3. Lge., reines Umblatt Mk. 1.50
- No. 7518. ff. Anfarbeiter, blattig und leicht Mk. 1.35
- No. 7505. Sehr blattige, gut brennende Einlage Mk. 1.25

In allen anderen Sorten Tabak riesige Auswahl!

Verlangen Sie gratis und franko Preisliste No. 110



GEBRAUCHTE WICKELFORMEN

IN NUR MODERNEN FAÇONS

Ueberzeugen Sie sich von den niedrigen Preisen

Fordern Sie sofort kostenlose Zusendung des MUSTERBOGENS

L. COHN & CO.

DEUTSCHLANDS GRÖSSTES WICKELFORMENLAGER

BERLIN N. 24 BRUNNENSTR. 24

Verlangen Sie kostenlos die SOEDEN ERSCHEINENE LISTE 24 über sämtliche bedarfsartikel!

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt reiffe, blüthe —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake empfiehlt

- Sumatra-Decker (schneeweiss Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 A
- Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 A, Stadtblatt 180, 140, 150 A
- Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 A, (mittel) 200, 230, 240, 250 A
- Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A
- Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 A
- Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 A
- Brazil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 A
- Brazil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 A
- Geschnittene Einlage 110 A
- Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 A
- Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 A
- Seedleaf 110, 120 A
- Logan (blattig) 95, 100 A
- Original-Rischung 105, 110, 120 A
- Havana 150, 200, 250, 300, 400 A
- Decker 350 A
- Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 A

Schweine-Eisdenfleisch
(Stippen, Räden, Rospfäden, Schnauzen, Ohren, fleischige Brine) frisch gefalgene, garantiert hiesige Ware, 10 Pfd. Postlos A. 3.50, Räder mit 25 und 50 Pfd. Inhalt Pfund nur 32 A

Goldener Holländer Käse
saftig, kein Kunstprodukt, sondern Naturware, netto 9 Pfd. A. 3.95 ab hier unter Nachnahme.

Geirich Rogmann
Nortorf (Holl.) Nr. 682d.

Gelesene

Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Herr von Zedlitz und das Zigarettenmonopol.

Freiherr von Zedlitz und Neufirk ist ein konservativer Politiker, der gern die erste Geige spielt. Und man muß leider sagen, daß er auch unter den Personen, die heute, was man so sagt, regieren, manche Zuhörer hat, die ihm gern Beifall spenden. Andererseits ist zu bemerken, daß Herr v. Zedlitz mit den Regierungsmenschen auf so gutem Fuße steht, daß er sehr wohl in der Lage ist, vorausschauend allerlei zu erkennen, wovon man sich offiziell noch nichts träumen lassen darf.

Wir haben oft gesagt, daß wir gegen alle offiziellen Versicherungen, seien sie nun positiver oder negativer Art, sehr mißtrauisch sind. Die Erfahrung hat uns dazu gebracht. Und wir bleiben auch dabei und trauen dem Frieden nicht, obgleich erst kürzlich wieder, anlässlich der Hausjuchungen in den Dresdener Zigarettenfabriken angeblich offiziell erklärt worden ist, die Regierung denke nicht an ein Zigarettenmonopol.

Herr Schiffer hat kürzlich bei der Generaldebatte des Etats im Preussischen Abgeordnetenhaus zum Ausdruck gebracht, daß von einer weiteren Inanspruchnahme der direkten Steuern für Zwecke des Reichs nicht die Rede sein könne. Herr Schiffer hat für die Besitzenden gesprochen und befundet, daß die besitzende Klasse sich ihre Militärbegeisterung nicht gern etwas kosten läßt; die „Begeisterung“ hat sie wohl und den Profit aus den Kriegen will sie schon übernehmen, aber das Zahlen können die Arbeiter und kleinen Leute besorgen. Und Herr Schiffer hatte auch gleich ein Rezept bei der Hand: Monopole her! Herr Schiffer und seine Klassengenossen sind ohne weiteres davon überzeugt, daß sich ein Bedarf des Reichs nach neuen Steuern ergeben wird. Natürlich, Moloch Militarismus will und muß fressen. Bei der zahlungsunfähigen Vaterlandsliebe der Besitzenden wird man also den breiten Schichten des arbeitenden Volkes neue Lasten aufbürden.

Von diesen Gesichtspunkten geht auch Herr von Zedlitz mit Selbstverständlichkeit aus in einem Artikel des „Tag“ vom 12. Februar d. J., in dem er das Zigarettenmonopol empfiehlt. Zwar sagt er, es sei nichts bekannt, daß sich die Reichsfinanzverwaltung mit dem Plane eines Monopols trage, aber der Gedanke liege eben in der Luft. Wir bezweifeln nicht, daß der Gedanke eines Zigarettenmonopols in der Luft liegt, aber nicht angesichts der „rührigen und erfolgreichen Minierarbeit des amerikanischen Tabaktruffs“, wie Herr v. Zedlitz sagt, sondern weil die Regierung an neue Möglichkeiten zur Deckung ihres gesteigerten Geldbedarfs denken muß. Der englisch-amerikanische Tabaktruff wird der Regierung ebenso gelegen kommen zur Begründung eines Zigarettenmonopols, wie er jetzt Herrn v. Zedlitz dazu gelegen kommt. Deshalb ist es auch den Monopolfreunden recht zweckmäßig, die Gefahr des Truffs möglichst groß erscheinen zu lassen und durch allerlei Maßnahmen dem Spießer noch mehr Furcht einzujagen, als er ohnehin schon hat; er wird dann das Monopol noch als einzigste „Rettung“ selbst herbeiwünschen. Die Zigarettenindustrie geht ohnehin ihren kapitalistischen Gang; sie hat bereits einen Teil der Zigarettenindustrie aufgelesen, sie wird es weiter so machen, und man wird auf diese Weise einen immer größeren Teil der Tabakindustrie ganz von selbst monopolisieren können, sobald man sich überhaupt zur Einführung des Monopols versteht. Je mehr aber die Zigarettenproduktion zurückgeht, um so leichter wird man es später haben, auch den Rest dieser Industrie direkt zu verstaatlichen. Selbst die Antitrustbewegung muß, wenn auch ungewollt, die Bahn für ein Monopol ebnen helfen. Natürlich wirken Enquêtes, Hausjuchungen, wie sie kürzlich stattgefunden haben, sowie andere behördliche Maßnahmen, in dem gleichen Sinne, d. h., sie peitschen den Spießer auf.

Wenn man dann noch der ganzen Geschichte ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen versteht, so finden sich noch ganz andere Leute, die in die Monopolherde hauen. Herr v. Zedlitz mußte eben kein Politiker der preussischen Schule sein, wenn er nicht verspricht, daß der Kuchen sogar Hofnen haben werde. „Daß das Reich schon jetzt eine Verstärkung der Mittel für Kulturzwecke — ich erinnere nur an die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente und den Ausbau der Witwen- und Waisenversorgung — gut gebrauchen kann, ist klar“, schreibt v. Zedlitz. Weiter wird der Köder einer besseren Beamtenbesoldung im Reich ausgeworfen. Das ist was mit den Kulturzwecken in Preußen-Deutschland! Werders schon sehen, wie die etwaigen Monopolgelder verpulvert werden. Aber wie gesagt, derartige Gründe sind ein wirksames Aushängeschild, und beruhigt in diesem Gedanken schreibt Herr v. Zedlitz weiter: „So treffen für ein Reichszigarettenmonopol gewichtige Rücksichten volkswirtschaftlicher wie finanzieller Natur in augenfälliger Weise zusammen.“

Herr v. Zedlitz wendet sich dann gegen die Gründe, die in letzter Zeit gegen die Einführung eines Zigarettenmonopols angeführt worden sind, insbesondere gegen den Einwand, daß das Monopol das Reich mit Entschädigungen von unerschwinglicher Höhe belasten würde. Ihm scheint das eine starke Übertreibung; er schreibt:

„Von der deutschen Zigarettenproduktion entfallen nicht weniger als 60 v. H. auf etwa zehn Großbetriebe, rund 20 große und 30 mittlere Fabriken liefern weitere 25 und 10 v. H., die Kleinbetriebe, obwohl mehrere Hundert an der Zahl, zusammen nur 5 v. H. Diese Entwicklung ist für die Höhe der Entschädigung nicht ohne Bedeutung. Diese setzt sich naturgemäß zusammen aus einer solchen für den fortfallenden Fabrikationsgewinn und einer solchen für das investierte Kapital. Unter Zugrundelegung des Groß-

handelswertes unserer Zigarettenproduktion für 1912 mit rund 140 Millionen Mark und einem Fabrikationsgewinn von höchstens 10 Prozent im Durchschnitt kommt man alsbald zu der Ueberzeugung, daß von einer unerschwinglichen Höhe der Entschädigung keine Rede sein kann. Auch wenn für die Kleinbetriebe, bei denen Herauszahlung des Anlagekapitals nicht zu Buche schlägt, die Entschädigung beträchtlich höher ausgeworfen wird als für die andern.“

Und weiter: „Das Anlagekapital der deutschen Zigarettenfabriken wird von sachverständiger Seite auf 120 Millionen geschätzt. Mit deren Zahlung wird aber der gesamte Bedarf der Monopolverwaltung an Gebäuden, Maschinen usw. gedeckt. Denn die größeren Fabriken sind durchweg modern und allen technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechend eingerichtet. Hiernach würde man mit einer Kapitalauswendung von etwa 250 bis höchstens 300 Millionen rechnen können, dafür aber auch die Baukosten, Maschinen und sonstiges Inventar für den Monopolbetrieb erlangen.“

Mögen nun die Berechnungen des Herrn v. Zedlitz im einzelnen völlig zutreffend sein oder nicht, so wird aber auch nach unserer Meinung, so wie die Zigarettenindustrie gegenwärtig steht, die Einführung des Monopols an der Entschädigungsfrage kaum scheitern. Herr v. Zedlitz vergißt nur, daß, falls durch die Einführung des Monopols Arbeiter brotlos werden, auch diese entschädigt werden müssen. Daß die Entlassung von Arbeitern überhaupt nötig sein wird, ist übrigens gar nicht einmal gesagt.

Herr v. Zedlitz rechnet unter Zugrundelegung der jetzt erzeugten Menge, der jetzigen Detailpreise und einer starken Erhöhung des Eingangszolles auf ausländische Zigaretten mit einem Reingewinne von 100 Millionen. Das wäre schon erheblich mehr, als die Zigarettenindustrie heute dem Reiche einbringt. Aber natürlich reizt der sich immer mehr steigende Ertrag noch mehr zur Verwirklichung des Planes, als der augenblickliche Gewinn, der ja noch zum guten Teil durch die Verzinsung der Entschädigungsgelder aufgeessen wird. Wie sich Herr v. Zedlitz die Erledigung der Nebenfragen denkt, kann im Augenblick gleichgültig sein.

Es ist bezeichnend, daß immer erneut Anläufe gegen die Tabakindustrie genommen werden; sind es zunächst auch nur unverantwortliche Personen, so muß es doch auffallen, daß trotz Wankende, trotz Wertsteuer und hoher Zollsätze immer wieder diese Industrie dem Staat neue Einnahmen liefern soll. Einem guten Tages wir: man wieder in aller Gemütsruhe eine entsprechende Vorlage beim Reichstag einbringen. Die Tabakarbeiter sind allerdings bereits wirtschaftlich so schlecht gestellt, daß sie auch unter einem Monopol nicht schlimmer daran sein könnten. Sie haben nicht nur 1909, sondern immer mit den Fabrikanten tapfer gegen die Belastung der Tabakindustrie gekämpft; als aber die politischen Freunde der Fabrikanten den Tabakinteressenten das Fell über die Ohren ziehen halfen, da waren die Tabakarbeiter Luft, und der leiseste Versuch, nun auch gemeinschaftlich dafür zu sorgen, daß das Schlimmste ferngehalten würde, wurde heuchelmäßig zurückgewiesen. Also werden sich die Tabakarbeiter, wenn es über kurz oder lang wieder einmal Ernst werden sollte, befinden müssen, wie sie handeln wollen.

Der christliche Feldzug in Unterbaden.

So zogen sie aus, nicht die sieben Schwaben, aber die Feldherren des „christlichen“ Tabakarbeiterverbandes, um fromm und friedlich den unterbadischen Fabrikanten eine Schlacht zu liefern, mit den Waffen der „moralischen Verantwortung“ in bezug auf die schlechte Lage der Tabakarbeiter einen Sieg zu erringen. Sie sind heimgelehrt wie die begossenen Fudel. Und da nun doch einer die Schuld haben muß, man aber den Fabrikanten nicht allzu deutlich die Wahrheit sagen mag, reißt man sich an Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Der kennt sich natürlich schon mit den christlichen Gepflogenheiten aus und macht sich nichts daraus, fernermalen er eine gesunde Konstitution besitzt; und außerdem sagt ihm jeder ehrliche Mensch in puncto gewerkschaftlicher Pflichten die größte Treue nach. Die Freiheit des Schimpfens, die wir der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ in Nr. 6 unseres Blattes gaben, nützt sie weidlich aus. Gott sei zwar der armen Sünderin gnädig, aber was unwahr ist, bleibt darum doch unwahr. Auch der „Pfälzer Vote“ muß seine Front nicht etwa gegen die unterbadischen Fabrikanten, sondern gegen uns wenden. Ach, wenn die Christlichen nur so gut gegen die Fabrikanten eingezert wären, wie sie es gegen uns sind! Es ließe sich eher schon etwas mit ihnen erreichen.

Also legen christliche Tabakarbeiter-Zeitung und Pfälzer Vote unsino los:

Der „freie“ und der Dirsch-Dundersche Tabakarbeiterverband lehnten ein gemeinschaftliches Vorgehen ab, dadurch war der Bewegung im voraus die nötige Stütze genommen. Noch in seiner letzten Nummer sucht er den Fabrikanten das Rückgrat zu steifen. Die Mitglieder des roten Verbandes hätten alle Ursache, ihre Zeitung auf einen Weg zu bringen, der einer gemeinschaftlichen Arbeit zur Befestigung des bitteren Tabakarbeiterlebens dienlich ist. Muß es denn so sein, daß der rote Verband die politische Decke vor die Vertretung der Arbeiterinteressen stellt?

Die sozialdemokratische Presse suchte dem Vorgehen unseres Verbandes politische Motive zu unterstellen. Diese Versuche wurden mit Erfolg zurückgewiesen. Ob bei dem Verhalten des „freien“ Verbandes aber nicht politische Gründe mitgespielt haben, steht dahin. Wer garantiert, daß die Ablehnung eines solchen Vorgehens nicht aus dem Grunde geschah, um die 80 Prozent liberal gesinnten Fabrikanten vor den Landtagswahlen nicht vor den Kopf zu stoßen? Die Mannheimer liberalen Fabrikanten und führende Sozialdemokraten wohnen ja nicht so weit auseinander, und die Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme“ war von der Stellungnahme des Verbandes des Zigarettenfabrikanten-Verbandes wohl unterrichtet. Niemand kann auch einen Eid dafür abgeben, ob nicht

einflussreiche Sozialdemokraten maßgebende Personen im Fabrikantenverband scharf gemacht haben, daß sie ja nicht den „christlichen“ entgegenkommen. Einige Satiriker meinten auch schon, daß, wenn die Bewegung statt von den Christlichen von den „freien“ Gewerkschaften gemacht worden wäre, der Zigarettenfabrikanten-Verband eher ein Entgegenkommen gezeigt hätte.

Sei dem nun, wie ihm wolle. Jedenfalls war es ein Fehler, daß der „freie“ Verband ein gemeinschaftliches Vorgehen ablehnte.

An einer anderen Stelle der christlichen Tabakarbeiter-Zeitung wird auch uns vorgehalten, daß wir das Vorgehen der Christen auf politische Geschäftemacherei zurückzuführen. Zunächst darüber ein paar Worte: Wir haben bis jetzt noch nicht behauptet, daß der „Bewegung“ in Unterbaden politische Motive zugrunde lagen; als gewissenhafte Leiter eines Tabakarbeiterblattes halten wir uns jedoch verpflichtet, von allen wichtigeren Vorgängen und Äußerungen betr. die Tabakindustrie, ganz besonders wenn es die Arbeiter angeht, Notiz zu nehmen. Weiter haben wir auch nichts getan, als wir die Auffassung der „Mannheimer Volksstimme“ abdruckten. Im übrigen wollen wir offen bekennen, daß wir, namentlich nach dem Ergebnis der Zeugenausagen im Kölner Gewerkschaftsprozess, den Christen nicht über den Weg trauen. Gerade in Köln hat sich gezeigt, wie die christlichen Gewerkschaften das mit Rücksichtslosigkeit üben, was sie uns vorwerfen, d. h., die Gewerkschaftsbewegung zu einem politischen Agitationsapparat zu machen. Nach dem gegenwärtigen Verhalten der Christen gewinnt es denn auch immer mehr den Anschein, als wenn Motive maßgebend gewesen sind, die wenig mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der unterbadischen Tabakarbeiter zu tun haben. Was da vom Einverständnis mit den Mannheimer Fabrikanten geredet wird, ist so ordinär, daß es nur aus einem schamhaften Charakter hervorgegangen sein kann. Diese Art Gesellschaft will sich noch aufspielen, als ob bei uns eine Taktik herrsche, die es ihnen verbiete, gemeinschaftlich mit uns zu wirken. Man wolle also gefälligst in dieser Hinsicht vor der eigenen Tür stehen.

Nun die Geschichte dort in Unterbaden schief gegangen ist, soll es an unserm Verband liegen. Gewiß können wir es begreifen, wenn die christliche Organisation ihre Mitglieder von dem glücklichen Resultat abzulenken versucht. Deshalb erklärt sich die verstärkte Pöbele, wie sie die letzte Nummer des schwarzen Blattes von „einem süddeutschen Kollegen“ besorgen läßt. Doch wir wollen einmal die ganze Zämmlichkeit christlicher Argumentation zeigen. Zunächst ist es ja nicht wahr, daß wir überhaupt nicht mitmachen wollten; wir hielten aus gewerkschaftlich stichhaltigen Gründen den Zeitpunkt und die Umstände nicht für geeignet zu einem allgemeinen Vorgehen. Das haben die christlichen Vertreter in den Konferenzen auch als stichhaltig anerkennen müssen, wie aus den Protokollen leicht nachzuweisen ist. Aber sie wollten doch zu einer ganz bestimmten Zeit ihre Mobilmachung haben. Wir behaupten, sie waren innersten Herzens froh, daß wir in der von ihnen vorgeschlagenen Weise nicht mitmachten. Sie hielten das Herz der unterbadischen Fabrikanten für so butterweich, daß sie nur auf die „moralische Verantwortung“ hinzuweisen brauchten, um es zum Schmelzen für die armen Tabakarbeiter zu bringen. Hätten die Christen ihren Plan auf den moralischen Ansturm aufgebaut, so brauchten sie uns ja als Kampfgesossen gar nicht. Oder glaubten sie, die unmoralischen Mannheimer Fabrikantenmännern würden eher eingestürzt sein, wenn wir ebenfalls die moralische Pösaune geblasen hätten? Das Kompliment wäre ja so übel nicht. Die christlichen Vertreter mußten doch aus den Verhandlungen mit uns gemerkt haben, daß wir eben der Meinung waren, daß solche moralische Erwägungen im wirtschaftlichen Kampf eine verteuft nebenfällige Rolle spielen. Zu anderen Maßnahmen schien uns, und ja auch, laut Protokoll den Christen, der Augenblick nicht günstig. Unter anderem die Christen trotz alledem den moralischen Feldzug gegen die Mannheimer Fabrikanten, so taten sie es doch ganz selbstverständlich auf eigene Verantwortung und Gefahr. Als sie dann sich festgerannt hatten, schimpften sie auf jene Organisation, die ihnen den Ausgang vorausgesagt hatte.

Ueberhaupt, die Christen hatten es doch von vornherein schwarz auf weiß, daß unser Verband diese Art von Bewegung mitzumachen nicht in der Lage war; woenn sie dennoch vorgehen, so wußten sie doch, woran sie waren. Haben sie unter diesen Voraussetzungen etwas unternommen, so auf eigenes Risiko. Oder nicht? Im letztem Falle müßten sie ja Prügel haben. Und nun wollen sie anderen das Risiko aufbürden! Eine saubere Taktik! Daß sie trotz unserer Zurückhaltung vorgegangen sind, ist eben der Beweis, daß sie sich etwas davon versprochen und daß es ihnen egal war, ob wir mitmachen oder nicht. Es ist demnach eine Heuchelei, nun die Sache fehlschlagen ist, den Enttäuschten zu markieren. Damit haben wir dieses Gebaren ins rechte Licht gerückt.

Noch zum Schluß der Verhandlungen mit unserem und dem Vertreter vom Dirsch-Dunderschen Gewerbeverein erklärten die Christen: „Wir glauben zuversichtlich, daß die Unternehmer der Zigarettenindustrie der moralischen Verantwortung besonders durch die zu Gunsten der Tabakarbeiter ausgehenden Sympathien der Öffentlichkeit und dem moralischen Zwange nicht ausweichen können und angesichts dessen und weil die Mehrheit der Unternehmer sich selbst bewegt ist, daß Besserungen herbeigeführt werden müssen, den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen.“ Die Erfahrung hat uns etwas anderes gelehrt

als solche zu verstehen. Sollen wir nicht annehmen, die ganze christliche Aktion war mit Rücksicht auf die badi- schen Landtagswahlen politische Geschäftsmacherei, was natürlich auch tadelnswert wäre, so müssen wir ausprechen, daß es Dummeheit war, unter den gegebenen Umständen vorzugehen. Es hat der unterbadi- schen Tabakarbeiter- schaft nicht nur nichts genützt, sondern es ist ihr zum Schaden gewesen. Die Blamage, sich so glatt aus der Position verjagen lassen zu müssen, ist wahr- scheinlich nicht vorteilhaft und hat nicht belebend auf die Schwachmütigen gewirkt. Eine solche Retirade wirkt schlimmer als eine Niederlage in offener Schlacht. Da mag man noch zu sagen: „Warum unternehmen ihr mutigen Radeln keinen Sturmangriff?“ Glaubst man mit ein paar Sprüchen die schwierigen Verhältnisse der süddeutschen Tabakarbeiter aus der Welt zu schlagen? Das glaubten gerade wir nicht. Das erklärt ja unser Verhalten und ist den Christen mehr als einmal gesagt worden. Wes- halb haben sie denn nicht den Sturmangriff unter- nommen? Vorausgesetzt, daß sie überhaupt gemocht hätten. Sie haben mit dem Sprüchlein der „moralischen Verantwortung“ die Schwierig- keit der Verhältnisse der süddeutschen Tabakarbeiter aus der Welt zu schaffen wollen. Sonderbare gewerkschaftliche Schwärmer!

Wie verrannt und unlogisch man sich im christlichen Lager gebärdet, zeigt die Tatsache, daß man zunächst sagt, wir hätten zuerst eine durchaus korrekte Haltung ein- genommen, und ein paar Zeilen weiter behauptet, daß wir uns abseits stellen und die Haltung der Fabrikanten härten. Aber wie kann man auch von den Christen Logik verlangen!

Wir werden uns natürlich von der Bahn einer durch die Erfahrung gestärkten gelunden gewerkschaftlichen Auf- fassung nicht abdrängen lassen und bestrebt sein, die durch christliche Torheit geschaffene bedenkliche Situation wieder günstiger zu gestalten. Die christliche Taktik verfolgt jetzt den Zweck, die Uneinigkeit unter der Tabakarbeiter- schaft noch mehr zu fördern. Man ist unüberlegt genug, auf die Torheit noch die Gewissenlosig- keit zu setzen. Die letzte christliche Tabakarbeiter- Zeitung gibt eine treffende Illustration dazu. Unsere Mitglieder in Unterbaden und anderswo werden mit kühler Gelassenheit allen Provokationen dieser Art zu begegnen wissen. Auch wir hätten uns im Interesse der Tabakarbeiter gewiß nicht so ausgelassen, wie es leider nun geschehen mußte; denn man hat uns schon ange- gepöbelt, ehe wir überhaupt noch ein Wort der Kritik zu der christlichen Taktik geschrieben hatten. Das Ver- halten der Christen hat bewirkt, daß die Fabrikanten jetzt die Lachenden sind.

Glücklicherweise sind wir überzeugt, daß trotz der christlichen Taktik auch in Baden Erfolge für die Tabakar- beiter zu erringen sind. Es zu beweisen, wird unsere und die Aufgabe der badi- schen Tabakarbeiter sein.

Wie wirkt der Lebensmittelwucher auf den Haushalt der deutschen Arbeiterfamilie?

In der Presse und den Landtagen der Einzelstaaten entfesseln Zentrum und Konservative Debatten über die Sozialpolitik. Die Regierung soll dadurch gezwungen werden, sich schon jetzt darauf festzulegen, bei Ablauf der Ver- träge über den auswärtigen Handel mit Rußland, Oester- reich, Rumänien usw. die Zölle auf Obst, Gemüse, Milch, Rahm, Futtermittel für das Vieh und vieles andere zu er- höhen. Die Regierung wollte ursprünglich sich jetzt noch nicht dazu bequemen. Sie wollte vielmehr durch die Erklärung „Wir kündigen die Verträge nicht, es bleibt alles beim alten“, den Schein erwecken, daß Zollserhöhungen nicht geplant seien, und hoffte damit stumpfe Teilnahms- losigkeit unter den Arbeitern hervorzurufen. Nach dem Willen der Junker und des Zentrums soll aber schon jetzt festgelegt werden, daß neue Zölle eingeführt und alte er- höht werden sollen.

Unter diesen Umständen ist es die dringendste Pflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, sich klar zu werden, was bei dieser scheinbar so harmlosen „Erneuerung der Handelsverträge“ für ihr tägliches Leben auf dem Spiel steht. Denn falls im Jahre 1917 für weitere 10 Jahre nur derselbe Zustand festgelegt wird, wie er seit 1906 herrscht, so wäre das eine geradezu bedrohliche Verschlech- terung gegenüber der Zeit vor zwanzig Jahren. Zum Vergleich mit jener Zeit sei nur an eins erinnert. Da- mals, nämlich am 7. April 1894, richtete der Graf Kanitz und dreißig weiß runderliche Abgeordnete im Reichstage den berühmten „Antrag Kanitz“ ein. Nach diesem Antrage sollte die Regierung durch Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide den Preis des Brotes auf eine ihnen gut dünkende Höhe künstlich hinaufreiben, die sie anders nicht zu erreichen hofften. Kanitz verlangte, die Regierung sollte die Preise wie folgt hinaufreiben:

1 Roggen von 125.50 M im Durchschnitt der Jahre 1893/94 auf 165.— M
1 Weizen „ 149.— „ „ 1893/94 „ 215.— „
1 Hafer „ 141.40 „ „ 1893/94 „ 155.— „

Dies freche Ansuchen, welches selbst Wilhelm II. mit dem Wort „Brotwucher“ zurückwies, lehnte der Reichstag ab. Was aber die Junker auf dem Wege der Gesetzgebung nicht erreichen konnten, gab ihnen ohne ihr Zutun die wirt- schaftliche Entwicklung auf dem Weltmarkt, wo die Leue- rung die Preise enorm in die Höhe getrieben hat.

Infolge dieser Entwicklung herrschten im Jahre 1912 nach dem amtlichen statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich, 34. Jahrg., Seite 284, in Köln folgende Preise:

1 Roggen 194.30 M pro 1000 kg also um 64.3% höher als im Jahre 1893/94
1 Weizen 219.90 „ „ „ 67.7% „ „ 1893/94
1 Hafer 198.70 „ „ „ 76.5% „ „ 1893/94

oder absolut um 29.90 M, 4.90 M und 28.20 M mehr als damals als ausreichend erachtet hat, ein Preisstand, den damals die Junker auch in ihren kühnsten Träumen nicht zu erhoffen gewagt hatten.

So übermäßig hat die internationale Entwicklung auf dem Weltmarkt die Junker begünstigt, daß heute ihre

unvergleichlichsten Forderungen aus der Zeit vor 20 Jahren weit übertroffen sind. Und trotzdem sich die Preise in dieser Weise entwickelt haben, lastet auf dem deutschen Brotgetreide noch ein höherer Zoll als vor 20 Jahren.

II.

Die Leuerung brüdt die Arbeiter aller Länder. Was aber die Arbeiterfamilie, besonders die Hausfrau, in Deutschland durch die Wucherzölle noch extra verliert, er- sehen wir deutlich aus neue aus einer wissenschaftlichen Arbeit, die Herr Dr. Theodor Mey, ein Schüler der Mün- chener Professoren Brentano und Vogt, verfaßt hat. Herr Mey hat in Deutschland und Holland, wo keine Zölle bestehen, fast alle die Schiffswerften besucht, in denen für die Rheinschiffahrt Rheinklähne, Dampfer usw. gebaut oder repariert werden. Er hat dort sorgfältige Untersuchungen über die den Arbeitern gezahlten Löhne gemacht und er- mittelt, welche Preise für die Lebensmittel bei uns und in den Niederlanden gezahlt werden müssen. Daraus zieht dann Mey Schlussfolgerungen, wie die Lage der Arbeiter in Deutschland durch die Zölle beeinflusst wird. (Sein Buch ist in Stuttgart erschienen als 117. Band der Mün- chener Volkswirtschaftlichen Studien.) Sehen wir zu- nächst, welche Löhne Herr Mey auf den Werften gefunden hat.

Vergleich I.

Löhne auf den Werften in Deutschland und Holland. Mey zählt zusammen, was auf jeder Werft für alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter überhaupt an Lohn ge- zahlt wird und teilt diese Summe durch die durchschnitt- liche Anzahl der Arbeiter und die durchschnittliche Zahl der gearbeiteten Tage. Er erhält dann als durchschnitt- lichen Tagelohn in

Deutschland:	Holland:
Koblenz..... 8.— M	Ablasserdam..... 2.74 M
Köln-Deutz..... 4.65 „	Dordrecht (45000 Einw.)..... 2.29 „
Mannheim..... 4.16 „	Groningen (80000 Finw.)..... 2.08 „
Mannheim, wenn alle Befr- sungen und jugendlichen beiter abgezogen werden 4.70 „	Hoogezand..... 1.88 „
	Kopelle a. d. Jiffel..... 2.41 „
	Krimpen a. d. Jiffel..... 2.67 „
	Rotterdam (450000 Einw.)..... 2.72 „
	Schiedrecht..... 1.96 „
	Stitteneer..... 2.45 „

Also zunächst zeigt sich, daß der deutsche Werftarbeiter in Geld ausgedrückt höheren Tagelohn erhält. In Wirk- lichkeit ist aber der Unterschied in den Löhnen in Deutsch- land und Holland noch viel größer. Die Holländer ar- beiten länger und machen auch bedeutend mehr Ueber- stunden. 73 Prozent aller holländischen Schiffbauer ar- beiten 11 Stunden und mehr am Tage. Auf den rhein- lischen Werften ist, weil die Arbeiter mehr gehezt werden und intensiver arbeiten, dagegen ein Arbeitsstag von 9 bis 9½ Stunden üblich.

Wenn man die oben angegebenen durchschnittlichen Tagelöhne noch teilt durch die Anzahl der täglich gearbei- teten Stunden, so bekommt man folgenden Unterschied in den durchschnittlich gezahlten Stundenlöhnen, der schein- bar noch mehr zugunsten von Deutschland ausfällt:

Vergleich II.

Durchschnittliche Stundenlöhne der Werftarbeiter in Deutschland und Holland.

Deutschland:	Holland:
Koblenz..... 33 1/2	Ablasserdam..... 26 1/2
Köln-Deutz..... 52 „	Dordrecht..... 21 „
Mannheim..... 44 „	Groningen..... 18 „
	Hoogezand..... 18 „
	Kopelle a. d. Jiffel..... 23 „
	Krimpen a. d. Jiffel..... 25 „
	Rotterdam..... 26 „
	Schiedrecht..... 17 „
	Stitteneer..... 22 „

Die deutschen Arbeiter scheinen demnach sich viel, viel besser zu stellen, als ihre holländischen Kollegen. Aber dies aus den Zahlen für die Löhne zu schließen, wäre mehr als voreilig. Denn was kostet dem Arbeiter das Essen und Trinken für sich und seine Familie? Nach Mey kostete im Oktober des Jahres 1910

	in Holland:	in Deutschland:
1 Pf. Roggenbrot.....	6 in Groningen.....	8 in Koblenz.....
1 „ Weizenbrot.....	7 in Rotterdam.....	17 „ in Koblenz.....
1 „ Ochsenfleisch.....	67 in Groningen.....	108 „ in Köln.....
1 „ Schweinefleisch.....	59 in Groningen.....	100 „ in Koblenz.....
1 „ Eier.....	24 in Hoogezand.....	80—100 „ in Köln.....
1 Liter Milch.....	10—12 in Groningen.....	9 in Mannheim.....

Nun weiß man, was in einem Jahre so eine durch- schnittliche Arbeiterfamilie von Mann, Frau und 2 bis 3 Kindern an Lebensmitteln verzehrt. Das Kaiserliche Statistische Amt hat z. B. im Jahre 1909 als zweites Sonderheft des Reichsarbeitsblattes eine Statistik heraus- gegeben, in der die Jahresrechnungen von 825 milder- bemittelten Familien mitgeteilt werden. Legt man die Menge der Lebensmittel zugrunde, die im Durchschnitt eine dieser Familien pro Jahr verzehrt hat, und vergleicht man, was für diese Menge Lebensmittel in Holland und in Deutschland zu zahlen ist, so bekommt man:

	Deutschland in Koblenz	Holland in Hoogezand
202 Pfund Fleisch.....	191.90 M	119.18 M
59 1/2 „ Butter.....	29.80 „	35.75 „
60,4 „ Rindfleisch.....	57.82 „	42.24 „
20 1/2 „ Käse.....	29.28 „	8.78 „
29 1/2 „ Eier.....	35.76 „	19.21 „
392 Stück Eier.....	31.36 „	23.52 „
504,3 Liter Milch.....	100.86 „	68.04 „
	476.28 M	304.75 M

Der Werftarbeiter in Koblenz bezahlt also für diese Lebensmittel 36 Prozent mehr als sein Kollege in Hoogezand. Dabei konnten die wichtigsten Artikel Schmalz und Kartoffeln nicht berücksichtigt werden, da dafür die Unter- lagen fehlten!

Schätzt man den jährlichen Verbrauch einer durch- schnittlichen Arbeiterfamilie an Brot auf 1600 Pfund, was auch mit einer Schätzung des Scheimern Regierungsrats und Universitätsprofessors Conrad in Halle übereinstimmt, und nimmt man ferner an, daß in Krimpen und in Kob- lenz zur Hälfte Roggenbrot und zur Hälfte Weizenbrot ge- gegessen würde (wenn man ein anderes Verhältnis von Weizen- und Roggenbrot annimmt, so ändert das wenig an der Rechnung), so hat der Arbeiter für den Jahres- verbrauch an Brot in Koblenz 288 und in Krimpen bloß

144 M zu zahlen. Können wir diese Summen zu den oberen Rissen, so zählt der Arbeiter im ganzen für diese Lebensmittel in Koblenz 764,28 M, die in derselben Quali- tät in Krimpen bloß 488,75 M kosten würden. Damit stellt sich die Summe der Lebensmittel in Holland um nicht weniger als 41 Prozent billiger als in Deutschland. Ober: für das, wofür der Holländer 100 M bezahlt, muß der Deutsche 169,49 M ausgeben. Dabei konnte Dr. Mey nicht die Verteuerung von Reis, Salz, Tabak, Zigarren, Petroleum feststellen, wodurch der Holländer noch viel günstiger dagestanden wäre. Sehr wahrscheinlich würde dann das Verhältnis so stehen, daß der Deutsche 200 M bezahlen muß für das, wofür der Holländer 100 M be- zahlt. Leider fehlt der exakte Beweis für diese Waren.

Der Werftarbeiter in Kob- lenz für die oben be- rechneten Lebensmittel 764,28 M	Der Werftarbeiter in Hoo- gezand..... 504.— M davon ab für die oben be- rechneten Lebensmittel 448,75 M
125,72 M	145,27 M

Die Lebensmittel sind also berart horrenb gestiegen, daß ein deutscher Arbeiter, der in Koblenz dieselbe Menge Lebensmittel in derselben Qualität sich kaufen will wie sein Kollege in Holland, auch für den Fall, daß er 300 M mehr Lohn hat, nach Abzug für Essen und Trinken 20 M we- niger in der Tasche behält als seine Kollegen in Hoogezand (Holland). Also weit mehr als das, was der deutsche Ar- beiter an Geld seinem Kollegen in Holland voraus hat, nimmt ihm der Klassenstaat durch die Zölle wieder ab. Der geringe Betrag, der für Wohnung und Kleidung dann noch übrig bleibt, beweist auch, wie sehr die Frauen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft mit Schuften müssen, damit das Notwendigste zum Leben vorhanden ist. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau, die diese Ausführungen liest, bewahre diese Beweise für die Lasten des Volkes sorgfältig auf und öffne jedem Kollegen, jeder Nachbarin damit die Augen, wie die Arbeiter zugunsten der Junker und des Militarismus durch die Zölle ausgebeutet werden. Ohne die Verteuerung des Brotes könnten die Junker nicht hos- färtig einschreiten. Ohne die Einnahmen, die aus der Verzollung des ausländischen Getreides in die Reichskasse fließen, könnten die Rüstungen zu Wasser und zu Lande nicht aufrechterhalten werden.

Mitteilungen aus dem Beruf

Fachausschüsse für die Hausarbeit. Bis jetzt hat der Bundesrat noch keine Veranlassung genommen, die Errich- tung von Fachausschüssen auf Grund des Hausarbeit- gesetzes anzuordnen. Deshalb haben unsere Genossen Deichmann und Seyer im Reichstag folgende An- frage an die Regierung gerichtet:

Auf die Anfrage Nr. 42 vom 14. Januar 1913 (Reichstagsdrucksache Nr. 651) wurde am 18. Januar 1913 vom Stellvertreter des Reichszanlers die schrift- liche Antwort erteilt, daß ein Entwurf der zu erlassenden weiteren Bestimmungen über die Errichtung und die Zusammensetzung der Fachausschüsse, sowie über das Verfahren nach § 24 des Haus- arbeitgesetzes vom 20. Dezember 1911 im Reichsamt des Innern ausgearbeitet worden sei und daß die Beratungen mit anderen Ressorts im wesentlichen abgeschlossen seien, so daß die Vorlage voraussichtlich bald an den Bundesrat werde gelangen können. Der Bundes- rat habe zu der Frage der Errichtung von Fachausschüssen nach § 18 des Hausarbeitgesetzes noch nicht Stellung ge- nommen.

Inzwischen sind die Bestimmungen über Hausarbeit in der Tabakindustrie vom 17. November 1913 erlassen worden.

Die Tabakarbeiter verschiedener Gebiete der Tabak- industrie haben nun — durchdrungen von der Not- wendigkeit von Fachausschüssen, die auch für die Durch- führung und Wirksamkeit vorgenannter Verordnung uner- läßlich sind — an den Bundesrat Eingaben gerichtet, mit der Bitte, für Bezirke mit starker Tabakindustrie Fachausschüsse baldigt zu errichten.

Hat der Bundesrat zu diesen Ein- gaben bereits Stellung genommen und kann der Reichszanler Auskunft darüber geben, ob der Bundesrat beschlossen hat, Fachausschüsse nach § 18. des Hausarbeitgesetzes für die Tabakindustrie zu errichten? Wir werden nach der Beantwortung der Anfrage auf die Angelegenheit zurückkommen.

Dividendenwesen. Ein Jahr ist wieder herum und die Aktionäre können schmunzelnd ihre Dividenden für ihre angelegene Arbeit einsacken. Die Zigarettenfabrik „Patria“ G. a. n. o. w. i. c. y. u. W. e. l. l. i. n. i. e. l. in Wosen schlägt ihren Aktionären die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent vor. Im vorigen Jahre verteilte die Firma 11 Prozent. Irrren wir nicht, so hat diese Firma im vorigen Jahre eine wesentliche Kapitalerhöhung vor- genommen. Und trotzdem noch drei Prozent mehr! Wie die Arbeiterinnen der Firma „Patria“ wohl stolz sind, daß sie ihren lieben Aktionären so fetten Dividenden er- hungern dürfen. Organisiert sind die Arbeiterinnen nicht, aber ihre Löhne sind furchbar niedrig. — W. i. e. r. m. a. n. n. u. S. c. h. ö. r. l. i. n. g. in Bremen schlagen, wie im Vorjahre, 10 p. Ct. Dividende vor. Ist auch nicht zu verachten. —

Bom italienischen Tabakmonopol. Die italienische Monopolverwaltung hat vor einiger Zeit die Preise ihrer Waren erhöht, sie rechnet nun daraus eine Mehreinnahme von 24 Millionen Lire (1 Lire = 80 S) zu erzielen.

Zigarren aus Cuba. Im Jahre 1913 exportierte Cuba 14028326 Zigarren nach Deutschland. Der Export nach Deutschland ist zurückgegangen, denn im Jahre 1912 waren es 15276580 Stück. Cuba hat im Jahre 1913 überhaupt ausgeführt rund 183 1/2 Millionen Stück, gegen rund 179 Millionen in 1912. Die Hauptabnehmer, cubanischer Zigarren sind England und die Vereinigten Staaten; Deutschland folgt in weitem Abstand an dritter Stelle. —

Bewegungen im Beruf.

Maschinenbau (S.M.) Bei der Firma Paul Meitzner u. Söhne ist vor kurzem eine Bewegung mit Erfolg beendet worden. Jetzt ist noch nachzutragen, daß einer weiteren Verhandlung festgestellt werden konnte, daß die Firma das zu verarbeitende Deckblatt gerippt auflegen läßt. Bei dieser Verhandlung kam ein Tarifabschluss zustande. Die Firma ist also tariffrei.

Nebraska d. Anstr. Bei der Firma Frau Minna Franke wurde zum Zwecke eines Tarifabschlusses eine Lohnbewegung eingeleitet. Der Minimallohn 9,50 M. pro Mille wurde bewilligt, bei Lieferung mit der Rippe aufgesetztes Deckblatt, angefeuchtetes Umblatt und völlig fertige Einlage. Für Mexiko, Brasilien und ähnliche Werke wurde der übliche Zuschlag von 1 M. pro Mille gezahlt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden. Ein Tarifvertrag kam zustande.

Wie stellen sich die Sortierer zu den neuen Pressverfahren?

Ganz mit Recht weist der Artikelschreiber in der letzten Nummer des Tabak-Arbeiter unter obiger Überschrift auf die Nachteile hin, die den Sortierern durch die neuen Pressverfahren entstehen. Nur zu bekannt ist es, daß die Fabrikanten von dieser Pressung ihre Vorteile zu ziehen wissen, während die Sortierer in den weitaus meisten Fällen leer ausgehen müssen. In sehr vielen Fällen ist es die Angst vor einer eventuellen Verlegung der Fabrikation nach Gegenden mit billigen Arbeitskräften, die den Kollegen die Lunge läßt; oder es wird von den Fabrikanten angeführt, daß die Sorte eine Mehrbelastung durch höheren Lohn durchaus nicht ertragen könne. Gerade das letzte Argument wird sehr häufig ins Feld geführt und versteht sich selber nicht immer ihren Zweck. Kann und ein solches Argument aber hindern, zu tun, was in unserem Interesse liegt, wenn wir mit einer Mehrarbeit bedacht werden? Soll der Arbeiter darben, wenn es dem Fabrikanten nicht gelingt, den erwünschten Preis für sein Fabrikat zu erzielen? Nein, jede Mehrarbeit, durch die wir belastet werden, ist zu entschädigen und daß die neuen Pressverfahren eine Mehrarbeit darstellen, braucht kaum erwähnt zu werden. Insbesondere sind es die Boernerischen Pressen mit ihren komplizierten Einstellungs-einrichtungen, die ein gut Teil Zeit in Anspruch nehmen, obgleich in manchen Fabriken noch nicht einmal das Umpannen bezahlt wird. Ganz gewiß ist es schwer, einen bestimmten Prozentsatz für diese Arbeit festzusetzen, da man nach Lage der Dinge in den einzelnen Betrieben die Mehrleistung regeln muß. Doch möchte ich davor warnen, von einer Entschädigung ganz abzusehen; da die Reisenden, die diese Pressen vertreten, den Fabrikanten und Sortierern die Vorteile in den wogigen Farben schilfern, während in Wirklichkeit die Sortierer, wenn sie keine Entschädigung erhalten, die Einzelgänger sind.

Andererseits dagegen ist es mit der Spiegelpressung. Auch da wird es vorkommen, daß die Kollegen sich betören lassen, da sie bei einer Packung zehn auf zehn berechnen, daß sie nun einen kürzeren Spiegel herzustellen brauchen. Da doch aber nicht nur verlangt wird, die obere Lage zu spiegeln, sondern alle Lagen, so kommt doch eine weit höhere Arbeitsleistung heraus, als es im ersten Moment erscheinen mag. Um die hohen Anschaffungskosten der Boernerischen Pressen zu vermeiden, helfen sich die Fabrikanten häufig durch Verwendung alter Zigaretten und lassen dann einfach dünne Pappeneinlagen zwischen die einzelnen Lagen legen. Je nach Fasson der Zigaretten und Anwendung der Produktionsmittel ist hier die Entschädigung zu bemessen. Da dürfte meines Erachtens eine Zulage von 40 bis 50 % pro Mille eher zu niedrig, als zu hoch sein. Der Kollege **J** hält eine Entschädigung von 25 % für angebracht; diese dürfte wohl entschieden zu wenig sein, ganz besonders dann, wenn die Spiegelpressung in alten Risten hergestellt wird. **J**.

In meinem Artikel in Nr. 7 des Tabak-Arbeiter habe ich mich in einem Punkte etwas unklar ausgedrückt. Um nun aber keine Irrtümer aufkommen zu lassen, fühle ich mich veranlaßt, mich hiermit etwas verständlicher auszudrücken.

Es handelt sich nämlich um die Spiegelpressung. Wenn ich geschrieben habe, daß bei dieser Art Pressung der Lohnzuschlag wie bei der Boerner-Prese zu zahlen wäre, so ist dieses so zu verstehen, daß der Zuschlag besonders zu berechnen ist. Ebenso natürlich für die Herzog-Prese. Also der Lohnzuschlag von 25 %, wie ich ausgeführt habe, wäre stets besonders zu bezahlen, wenn Spiegelpressung in Frage kommt.

Berichte.

Wanzen. Am 9. Februar fand unsere Jahresversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht vom 4. Quartal 1913; 2. Neuwahl der Ortsleitung; 3. Vortrag des Gauleiters, Kollegen Element-Wreslau über: Die historische Entwicklung der Tabakindustrie in Deutschland. Unter Punkt 1 gab Kollege **R. Gabel** den Bericht und teilte mit, daß im Laufe des letzten Quartals 11 Neuaufnahmen stattgefunden haben und daß der Mitgliederbestand mit 21 männlichen und 40 weiblichen Kollegen abnimmt. Im November hat eine Hausagitation stattgefunden, bei welcher in anerkannter Weise einige Brigger Kollegen gewonnen haben. Wenn nun der Erfolg nicht so ausgefallen ist, wie wir es gewünscht haben, so liegt das an dem Indifferentismus der hiesigen Tabakarbeiter. Den Kollegen tut es sehr not, sich zu organisieren, denn die Lohnabgabe langen schon an bei der Firma **S. Neumann**; wenn das so weitergeht, wird es immer schlechter, statt besser. In die Ortsverwaltung wurden als 1. Bevollmächtigter Kollege **Standte**, als 2. Kollege **W. G. Leib**, als 3. Kollege **W. G. H. Old** und als Revisoren Kollege **Jul. G. B. Erth** und Kollegin **Maria Karbstein** gewählt. Sodann erstellte sich Kollege **Element** seines Referats in trefflicher Weise und es wurde der Wunsch laut, einmal in einer öffentlichen Tabakarbeiterversammlung das Thema zu besprechen. Unter Verschiedenes wird wieder die Hausagitation in Anregung gebracht und beschlossen, sofort damit zu beginnen; wozu sich einige Kollegen bereit erklärten. Ebenso sollen Schritte unternommen werden, die „Kollisionsfrage“ hier einzuführen und demnächst sollen in einer Tabakarbeiterversammlung die Vorteile derselben besprochen werden. Betreffs Beitragszahlung wurden die Kollegen ersucht, wöchentlich zu zahlen, damit, wenn ein Unterzahlungsfall eintritt, die Restbeträge nicht abgezogen zu werden brauchen.

Walldheim. Unsere Jahresversammlung fand am 17. Januar statt. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Den Kassensbericht vom 4. Quartal erstattete Kollege **Grundmann**. Die Verbandskasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 3082,15 M. bei einem Kassensbestand von 210,12 M. Die Lokalfasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe 1110,34 M. bei einem Kassensbestand von 2,90 M. Auf Antrag wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattet der 1. Bevollmächtigte. Er gibt zunächst eine Übersicht über die Bestattung der Kassensverhältnisse im letzten Jahre. In der Verbandskasse betragen Einnahme und Ausgabe 10.802,20 M., in der Lokalfasse 3042,93 M. Der Mitgliederbestand am Ende des vorigen Jahres betrug 116 männliche und 365 weibliche, zusammen 481 Mitglieder; am Ende des Jahres 1913: 108 männliche und 307 weibliche Mitglieder, also 69 weniger. Der 1. Bevollmächtigte erklärt, daß diese Differenz lediglich an der unrichtigen Führung der Mitgliederliste durch Reich gelegen habe, daß also der Verlust nicht durch Abmeldung herbeigeführt sei. Der Bericht über Bestattungsbeträge ergibt, daß es sich die Kollegen wie Kolleginnen mehr zur Pflicht machen müssen, die Verbandskasse zu besuchen. Mit diesem Wunsche schloß der Referent seinen Bericht. Beim Punkt Neuwahl wurden zunächst die Entschädigungsgelder festgesetzt und folgende Staffeln einstimmig angenommen. Für den 1. Bevollmächtigten 100 M., für den 2. Be-

vollmächtigten 50 M., für den 3. Bevollmächtigten 15 M. Die Neuwahl selbst wurde vertagt, da sich kein 1. Bevollmächtigter fand und der bisherige aus Gründen, die auch anerkannt wurden, die Wahl ablehnte. (Beschämend für eine Zahlstelle von 400 Mitglieder. D. B.) Die Versammlung war der Ansicht, daß die Wahl der übrigen Verwaltungsmitglieder demzufolge vorläufig noch aufgeschoben sei. Zur weiteren Geschäftsführung wurde die bisherige Verwaltung beauftragt und ihr anheim gestellt, baldigt eine außerordentliche Versammlung einzuberufen und hierzu die Einberufung zu laden. Zu Parteidelegierten wurden gewählt die Kollegen **Deißel**, **Böcker**, **Kobisch**, **Simmerl**, **Fischer**, **W. G. H. Old**, **W. G. H. Old** und **W. G. H. Old**. Im Verschiedenen beschließt man, den Ausschluß Reich beim Vorstand einzuführen (ist bereits ausgeschlossen D. B.), im übrigen erklären sich die Anwesenden mit dem Verhalten der Verwaltung in dieser Angelegenheit einverstanden. — Ueber die außerordentliche Versammlung am 31. Januar ist folgendes zu berichten: Nachdem vom Kollegen **Gaulter** Verloß ausmündig gemacht worden war, warum gerade in Walldheim es sich erschwerte, eine Verwaltung zu wählen (wozu auch der schwache Besuch der Versammlungen beiträgt. D. B.), rühte er auch dem Kollegen **Reich** auf den Leib, und bewies durch seine Ausführungen, daß er gar keinen Grund habe, das Amt, wenn er gewählt würde, nicht anzunehmen, es im Gegenteil seine Pflicht sei, daselbst weiter zu besorgen. Nachdem die Ausführungen von beiden Seiten des Kollegen **J. Sch. n. e. r.** unterfählt wurden, schlug der Kollege **Verloß** den Kollegen **Reich** als 1. Bevollmächtigten vor, und hat, bei den Wahlen mit Vertrauen und Einmütigkeit die Stimmzettel abgegeben. Das Resultat war folgendes: Kollege **Reich** 1., Kollege **Grundmann** 2., Kollege **Simmerl** 3. Bevollmächtigter. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an mit der Bitte, daß die Mitglieder durch statellen Besuch der Versammlungen das Vertrauen zur Verwaltung bewahren möchten. Als Revisoren wurden die Kollegen **Fischer** und **W. G. H. Old** gewählt. Zum Schluß ging Kollege **Verloß** auf die Organisationsverhältnisse in den letzten Jahren ein, dabei die Mitglieder ermahnen, alle Kraft zur Agitation aufzubieten, auf daß auch für die Tabakarbeiter bald der Sonnenschein hervorbrechen möge.

NB. Der frühere Ortsbeamte unserer Zigarette, **Richard Reich**, wurde vom Amtsgericht Walldheim wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu 6 Wochen Gefängnis und zwei weitere Angeklagte wegen Beihilfe je zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Berlin. Am 28. Januar fand eine Sektionsversammlung der Zigarettenarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung; 2. Wahl einer Sektionsleitung; 3. Wahl einer Agitationskommission; 4. Verschiedenes. Kollege **Tsch. u. n. e. r.** gab an Stelle des erkrankten Kollegen **Armburst** den Bericht der Sektionsleitung. Es haben stattgefunden: 4 Sektionsversammlungen, 12 Sitzungen der Sektionsleitung, 3 Sitzungen mit den Vertrauensleuten, 72 Fabrikbesprechungen, 18 Sitzungen mit Fabrikkommissionen und 12 Verhandlungen mit Fabrikanten. Organisiert sind circa 800 Zigaretten- und 200 Hilfsarbeiter. Wir müssen alles daransetzen, das Organisationsverhältnis zu einem besseren zu gestalten. Die Situation muß eingebremst werden. Es ist der Organisation nichts damit gebietet, wenn Mitglieder im Quartale zwei mal aus- und eintreten. Die Kollegen sollten wissen, daß die Stabilität der Mitglieder die festeste Grundlage der Organisation ist. Die Sektionsleitung hat den Erhebungen des Vorstandes betr. die Zahl der Arbeiter und die Arbeitsverhältnisse der einzelnen Kategorien in der Zigarettenindustrie Deutschlands, soweit sie erfaßt werden konnten, eine Erhebung über die Lohnverhältnisse der Berliner Zigarettenindustrie folgen lassen. Diefelbe ist noch nicht abgeschlossen, da das Material für die Zigarettenhandarbeiter nicht vollständig vorliegt. Diese Statistik muß in längerer Zeitraumen wiederholt und erweitert werden. Die Lohnbewegung bei der Firma **Garbath** brachte den Zigarettenarbeitern für Rund- und Mundstückzigaretten eine Lohnerhöhung von 16 % pro Tausend. In Versammlungen und in der Presse ist von uns des öfteren auf die niedrigen Anfangslöhne der Hilfsarbeiterinnen und daß entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung, die jungen Mädchen keine Frühstück- und Vesperpause machen dürfen, hingewiesen worden. Nach einer mit den Hilfsarbeiterinnen abgehaltenen Betriebsversammlung, in der die Mißstände kritisiert wurden, erhöhte die Firma den Anfangslohn von 6,50 bis 7 M. auf 8 M.; ebenso wurde die Arbeitszeit um eine Stunde vergrößert. Das Zugeständnis der Firma, das aus Grund unserer Kritik geschah, ist, können wir ebenfalls auf das Konto der Organisation buchen. Hervorzuheben ist noch, daß der unerfreuliche Zustand der Grenzkontrollen mit dem Metallarbeiterverband betrefend der Mädchen an den Maschinen zu unsern Gunsten erledigt ist. Die Agitation wird dadurch eine einseitige und die Schlagkraft des Verbandes erhöht. In der Zeit der Hege gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse muß erst jeder organisierte Arbeiter fest und treu zur Organisation stehen und dahin wirken, daß die uns noch fernstehenden gewonnen werden. In der Diskussion vertrat Kollege **Krumm** nochmals seinen in der letzten Sektionsversammlung eingenommenen Standpunkt über die Lohnbewegung bei **Garbath** und kritisierte das Vorgehen der Sektionsleitung und des Kollegen **Tsch. u. n. e. r.** zu seinen Ausführungen im Tabak-Arbeiter. Kollege **Tsch. u. n. e. r.** und Kollege **Dr. n. g. h. e.** vertraten die Ansicht, daß im Interesse der ganzen Sache nicht anders gehandelt werden konnte. In die Sektionsleitung wurden die Kollegen **M. n. d.** und die Kollegin **D. n. d. e.** wiedergewählt. Da sich an Stelle des erkrankten Kollegen **Armburst** kein anderer Kollege findet, wird Kollege **Tsch. u. n. e. r.** in der Sektionsleitung mitarbeiten. Zum 3. Punkt begründet Kollege **Tsch. u. n. e. r.** die Notwendigkeit einer Agitationskommission. Es wurden gewählt die Kollegen **M. g. o. l. l.**, **Emil K. h. g.**, **Eduard B. e. n. t. h. e.**, die Kolleginnen **Margarethe T. r. i. t. t. m. a. c. h. e. r.**, **Margarethe S. r. o. k. a.**, **Anna J. a. s. t. r. a. n.**, **Martha V. e. r. g. e. r.** und **Marie S. o. m. b. a. c. h.** Unter Verschiedenes wurde beschlossen, im März ein Vergütigen abzuhalten und zu diesem Zweck eine Vergütungskommission gewählt. Kollege **B. r. a. u. n.** geht auf alle in verschiedenen bürgerlichen Blättern lauzierten Gerüchte über Monopolbestrebungen ein. Kollege **Tsch. u. n. e. r.** gliederte die aufzunehmende Enquete über den Umfang des englisch-amerikanischen Trusts, die Hauszuchtungen in verschiedenen Staatenfabriken und ist der Ansicht, daß die Mitglieder sich über Monopolgerüchte nicht beunruhigen sollten. Trotz politischer Ent- und Verwicklungen den Ausbau der Organisation im Auge zu behalten, sei Pflicht der Kollegen, da diese ihnen den besten Schutz für alle Fälle bieten.

Karlruhe. Versammlung am 26. Januar. Der Vorsitzende bedauert den schlechten Besuch und hofft für die Zukunft, daß eine Besserung eintritt. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht; 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1913 und Jahresabrechnung; 3. Kartellbericht; 4. Wahl der Ortsverwaltung; 5. Innere Angelegenheiten. Der Vorsitzende berichtet, daß im verflochtenen Jahre 11 Mitglieder versammlungen, 13 Sitzungen, sowie 12 Betriebsversammlungen und drei Hausagitationen stattgefunden haben. An Lohnbewegungen hatten wir eine für die Zigarettenarbeiter, wobeizulagen von 25 bis 70 % pro Mille erzielt wurden. Den Kassensbericht und die Abrechnung vom 4. Quartal gibt Kollege **B. u. r. c. k. a. r. t.** Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Es wurde beschlossen, 100 M. des Lokalvermögens bei der Sparte zu belegen. Den Kartellbericht gab Kollege **K. o. b. a. d. e. r.**, der u. a. bemerkte, daß sich die Tabakarbeiter bei der Ortskrankenkassenwahl gut betätigt hätten, und daß die Liste der freien Gewerkschaften 50 Vertreter und 100 Ersatzleute erhalten habe, darunter 3 Tabakarbeiter. Ferner wurde bemerkt, daß seit dem 19. Januar 1914 die Arbeitslosenunterstützung hier in Karlsruhe höchstschmerzhaft eingeführt wurde; die Kontrolle der Arbeitslosen und die Auszahlung der Unterstützung erfolgt durch den städtischen Arbeitsnachweis; in die Satzungen ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Kontrollierten durch die Vorsitzenden der Organisationen ausgefüllt werden sollen; dadurch erspart sich der Arbeitslose eine Reihe von Nachweisen, die er sonst zu erbringen hätte. Beibratete erhalten pro Tag 1 M., sowie für jedes zu ernährende Kind unter 14 Jahren 70 % pro Tag. Wer auf die Unterstützung Anspruch erheben will, muß hier ein Jahr lang wohnhaft und in Arbeit gewesen sein. In der Diskussion stellt Kollege **D. r. e. w. e. s.** fest, daß von selten der Christlichen die Wahl zur Ortskrankenkasse angefochten wurde und zwar mit Erfolg, weil die Stimmzettel zu erkennen waren. Die Stimmzettel der Christli-

chen wurden ebenfalls für ungültig erklärt, was die Christen wohl nicht erwartet haben. In die Ortsverwaltung wurden gewählt **K. o. b. a. d. e. r.** als 1., **B. u. r. c. k. a. r. t.** als 2., **D. r. e. w. e. s.** als 3. Bevollmächtigter, **R. i. c. h. a. r. d.** und **S. a. u. e. r.** als Revisoren. Beschlüssen wird, für die Verwaltung einen Schrant anzuschaffen. Ein Antrag des Kollegen **F. e. l. l. e. r.**, die Kandidatenfrage hinsichtlich der Ortskrankenkassenwahl auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen, wurde angenommen. Die Versammlung beschließt, Pfingsten einen Ausflug nach Straßburg zu machen. Die Mitglieder sollen Gelegenheit haben, für die Tour zu sparen, und wird Kollege **S. a. u. e. r.** als Kassierer für diesen Zweck bestimmt.

Straßburg. Wie fast in allen Industriezweigen, herrscht gewöhnlich auch in der Zigarettenindustrie eine große Geschäftslage. So wurde in den letzten Tagen von der Leitung der kaiserlichen Tabakmanufaktur den in der Zigarettenbranche beschäftigten Arbeiterinnen bekannt gegeben, daß nunmehr nur noch 5 Tage in der Woche gearbeitet werden dürfe. Trotzdem in den Statuten für den Arbeiterauschuss des Betriebes demselben das Recht eingeräumt ist, in Fragen, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffen, mit der Direktion verhandeln zu dürfen, wurde auch diese Maßregel wieder beschlossen, ohne mit dem Arbeiterauschuss vorher darüber gesprochen zu haben. Aber wie lang hat es die Betriebsleitung doch gemacht. Fünf Tage in der Woche darf nur gearbeitet, und pro Tag nicht über 2,80 M. verdient werden, oder 14 M. in der Woche! In Wirklichkeit liegt die Sache doch ganz anders an. Es würde uns freuen, wenn einmal genau die Höhe der Arbeiterinnen der kaiserlichen Tabakmanufaktur an die Öffentlichkeit kämen. Wenn vielleicht auch 10 bis 15 auf diesen Wochenlohn kommen, so wird doch die Mehrzahl der Arbeiterinnen mit einem Tagelohn von 1,60 bis 1,80 M. nach Hause gehen müssen. Und wie muß da einer armen Witwe das Herz bluten, wenn sie mit einem solchen Tagelohn nach Hause muß! Auch mit 14 M. in der Woche wird sie kaum imstande sein, ohne daß ihre Kinder darben müssen, sich etwas durchzuschlagen. Wie schon erwähnt, ist es ja nicht abzustreiten, daß in der Zigarettenindustrie eine Krise herrscht, was ja hauptsächlich auf die Arbeitslosigkeit in den anderen Betrieben zurückzuführen ist. Von der Direktion der kaiserlichen Tabakmanufaktur wird sie aber aufs Konto der leistungsfähigen Lohnerhöhung geschrieben, wenigstens versucht man dies den Arbeiterinnen weiß zu machen. Wegen den lumpigen paar Pfennigen, die man pro Mille mehr an Arbeitslohn gewährt hat, mußte man solche Preise für die Zigaretten machen, daß der große Hamburger nicht mehr in der Lage ist, Bestellungen machen zu können. Es scheint aber, daß die Krise in der kaiserlichen Tabakmanufaktur schon so lange vorhanden ist, als der frühere Direktor Hammerichlag nicht mehr als technischer Direktor dem Betrieb vorsteht. Wenigstens ist dies in bezug auf die vorhandenen Arbeiterinnen der Fall; ist doch deren Zahl von fast 1100 auf kaum 800 zurückgegangen; wogegen sich die Zahl der Angestellten des Bureaus, sowie der Herren Oberaufsicht, Ober- und Unterhelfer nur vermehrt haben dürfte. Ständig wird geklagt über schlechtes Material. Wie rechtfertigt sich das gegenüber den anderen Firmen am Ort? Man sollte meinen, auch in bezug auf die Qualität sollte ein Staatsbetrieb ein Musterbetrieb sein. Auf alle mögliche Art versucht man in der letzten Zeit die Arbeiterinnen zu schikanieren und bei jeder Kleinigkeit gibt es Strafen, wobei die Arbeiterinnen 2 bis 4 Tage nicht arbeiten dürfen. Die Arbeiterinnen verlangen auf das ergötteste, daß dieselbe Arbeitszeit, wie sie hier in Straßburg eingeführt wird, auch in den Filialen festgesetzt wird. Man versucht auch die Arbeiter mittels der Filialen zu brüden, um so zu niederen Löhnen arbeiten lassen zu können. An die Arbeiterinnen der kaiserlichen Tabakmanufaktur wollen wir den Ruf richten, nicht zu erlahmen in diesem Kampfe und fest und treu zur Organisation zu stehen. Jede einsichtige Kollegin muß an den Beispielen sehen, daß es sich für die Direktion um eine „Machtwort“ handelt gegen die Organisation.

Das Westfalen. Die Versammlungen in Westfalen, in welchen Kollegin **S. c. h. i. l. l. i. n. g.** referierte, waren durchweg gut besucht. Mit Ausnahme von Blotho und Hunebrod waren in allen Versammlungen auch Kolleginnen erschienen. Die Blothoer Kollegen hätten alle Ursache, nächstens ihre Frauen mitzubringen. In seinem Orte hat die Aufklärung der Frau so wenig Fortschritte gemacht, wie im Blotho. In keinem Orte übt die Frau aber auch einen größeren Einfluß auf den Mann aus, wie in Blotho. Hier sitzen Mann und Frau als Heimarbeiter in ihrem Heim Tag für Tag allein zusammen. In Blotho müßten die Tabakarbeiter daher jede Versammlung, wo sie mit ihren Kollegen und Kolleginnen zusammenkommen, begrüßen. Also, Tabakarbeiter Blotho, klagt eure Frauen auf!

Soest. Das Schikanieren der Arbeiter bei Kröger geht seinen Fortgang. Ganz besonders hat man es auf die Bevollmächtigten abgesehen; so hat Soest schon den vierten 1. Bevollmächtigten in diesem Jahre. Auch ein Kollege dazu gewählt ist, wird er von dem Meister hinausgeschleift. Trotzdem ist immer wieder ein Kollege da, der in die Schranken tritt. Die Fabrik der Firma wird immer leerer. Eines Tages wird der Meister ausrufen: Endlich allein! Ueber die Verhältnisse in Soest erteilt **Qubert Sch. m. i. g.**, **Soest**, Auskunft.

Hamburg-Altona. Versammlung am 2. Februar. Den Kassensbericht für das 4. Quartal 1913 erstattete **Ramde**. Die Abrechnung bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 1816,98 M., die Verbandskasse mit 4465,47 M. Den Verwaltungsbericht für das Jahr 1913 gab **O. f. e. r. t. a. g.** Der Bericht soll in ausführlicher Form im Tabak-Arbeiter veröffentlicht werden. Den Jahresbericht gedruckt den Mitgliedern zugute, wurde der Kosten halber abgelehnt. Weiter gab **O. f. e. r. t. a. g.** bekannt, daß unter Bureau zum 1. April d. J. nach **Delfsdale** Nr. 1 verlegt wird. Den Bericht über seine Tätigkeit im hiesigen Stadtkomplex über das Jahr 1913 gab **Gauleiter S. a. d. e. l. b. e. r. g.** Er führte aus, daß die Erfolge hinsichtlich der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angefaßt der Wirtschaftskrise recht minimal waren. Es geht zu rüsten, um bei Eintritt einer besseren Konjunktur das Veräumte nachzuholen. Redner besprach die stattgefundenen Tarifbewegungen sowie den vergeblichen Versuch, größere organisatorische Erfolge unter den hiesigen Zigarettenarbeitern und Arbeiterinnen zu erzielen. Ein Erfolg in dieser Branche sei jedoch zu verzeichnen. Die hiesige Zigarettenfabrik **Dimmichhoffen** habe, wie hier allgemein üblich, für gleiche Arbeit den weiblichen Arbeitern geringere Löhne gezahlt als den männlichen Arbeitern. Die Firma beabsichtigt, die Löhne der weiblichen Arbeiter so zu kürzen, daß diese denen der weiblichen Arbeiter gleichstehen. Dies Vorhaben konnte jedoch abgewendet werden. Redner besprach Redner nach die Gleichgültigkeit einer großen Anzahl Hausarbeiter, die entgegen früheren Beschlüssen es nicht für notwendig hielten, bei Neueinführung von Patronen Zigaretten und die festgesetzten Löhne dem Gauleiter sofort zu übermitteln. Das gleiche gelte für sogenannte Proben für die Filialfabriken. Wir müssen auf dem Festen sein, um zu verhindern, daß es den hiesigen Fabrikanten möglich werde, ihre Fabrikate in den Filialbetrieben zu wahren Dungenlöhnen fertigzustellen zu bekommen. Die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung, außer **Sander**, welcher eine Niederwahl ablehnte, wurden einstimmig wiedergewählt. An Stelle **Sanders** wurde **F. r. e. s. e. m. a. n. n.** als 3. Bevollmächtigter gewählt. Als Boten wurden **K. a. h. r.**, **P. l. i. b. i. n. g.** und **S. t. a. h. l.** gewählt. Hierauf wurde dem Mitglied **Grönhelm** eine Erlage ausgeprochen, wegen seines ungehörigen Betragens in der Versammlung am 3. Dezember vorigen Jahres.

Im Anschluß hieran fand noch die Sektionsversammlung der Sektion der Zigarettenarbeiter und Kurierter statt. Die Abrechnungen für das 3. und 4. Quartal 1913 wurden debattelos genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Die bisherige Sektionsleitung wurde einstimmig wiedergewählt. Eine längere Debatte rief die Frage hervor, ob es nicht angebracht sei, gleich wie im Vorjahre den ausgewählten arbeitenden Mitgliedern eine Entlohnung aus der Lokalfasse zu gewähren. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, diese Angelegenheit der Sektionsleitung und der Verwaltung zu überlassen. Diese sollen der nächsten Sektionsversammlung geeignete Vorschläge machen. Als dahin wurde der Leitung Vollmacht gegeben, in besonders dringenden Fällen Unterstützung zu zahlen, und wurden zu diesem Zweck 1000 M. der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Dresden. Am 3. Februar fand die Jahresversammlung der hiesigen Zigarette statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht und Abrechnung; 2. Neuwahl der Verwaltung; der Kartell-

